

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVIII. Jahrgang, Nr. 6

Juni 1955

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Abschwächung des Konjunkturaufschwunges infolge allmählicher Erschöpfung der Arbeitskraft- und Kapazitätsreserven — Erste Auswirkungen der Kreditbremse — Rückgang des Handelsbilanzdefizites

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr; Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1954/55 — Außenhandel

Die maschinellen Bruttoinvestitionen der österreichischen Landwirtschaft

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Abschwächung des Konjunkturaufschwunges infolge allmählicher Erschöpfung der Arbeitskraft- und Kapazitätsreserven — Erste Auswirkungen der Kreditbremse — Rückgang des Handelsbilanzdefizites

Der Konjunkturaufschwung der österreichischen Wirtschaft beginnt infolge allmählicher Erschöpfung der Arbeitskraft- und Kapazitätsreserven schwächer zu werden. Vor allem das Baugewerbe, die Grundstoff- und die Investitionsgüterindustrien sind voll ausgelastet. Trotz mehrschichtigem Betrieb und Überstunden kann die nach wie vor sehr lebhaftere Nachfrage nicht voll befriedigt werden. Die Bemühungen der Betriebe, in den Engpaßbereichen die Kapazitäten zu erweitern und die Erzeugung zu rationalisieren, werden dadurch erschwert, daß maschinelle Investitionsgüter nicht kurzfristig lieferbar sind und Bauvorhaben oft nicht termingerecht fertiggestellt werden. Es besteht daher weiterhin die starke Tendenz, die im Inland knappen Rohstoffe und Maschinen zu importieren, sowie die Bereitschaft, gegebenenfalls auch höhere Preise und Löhne zu bezahlen.

Die traditionellen Konsumgüterindustrien haben im allgemeinen noch etwas Spielraum, ihre Produktion auszudehnen. Ihrer Expansion steht jedoch im Wege, daß auf dem heimischen Markt in wachsendem Umfange preiswerte ausländische Erzeugnisse angeboten werden und die gegenwärtige internatio-

nale Konjunktur den Export von Konsumgütern wenig begünstigt.

Die konjunkturdämpfenden Maßnahmen der Kredit- und Budgetpolitik in den letzten Wochen (Erhöhung der Bankrate, schärfere qualitative und quantitative Kreditkontrolle, Zurückstellung öffentlicher Bauvorhaben, Einschränkung von Neuemissionen) tragen dieser Situation bereits Rechnung. Sie verringern die kaufkräftige Nachfrage, vor allem nach Investitionsgütern, und entlasten damit indirekt auch die Zahlungsbilanz. Im ganzen sind die Voraussetzungen für einen Erfolg dieser Wirtschaftspolitik noch günstig. Preisniveau und Lohnkosten sind bisher trotz starken Auftriebskräften auf einzelnen Märkten annähernd stabil geblieben, spekulative Auswüchse der Konjunktur — etwa eine Lagerhausse — beschränken sich auf Einzelfälle, und das Defizit in der Zahlungsbilanz bewegt sich noch in einer Größenordnung, die einen Ausgleich ohne allzu drastische Maßnahmen ermöglicht.

Die Stabilisierung der gegenwärtigen Hochkonjunktur wird allerdings durch Anforderungen und Aufgaben kompliziert, die sich unmittelbar und mit-

telbar aus dem österreichischen Staatsvertrag ergeben. Die Reparationsleistungen an die Sowjetunion und die Aufstellung eines Bundesheeres werden die österreichische Wirtschaft, vor allem den Bundeshaushalt, nicht sofort in vollem Umfang belasten. Dagegen ist die Frage, in welchem finanziellen, kommerziellen und technischen Zustand die USIA-Betriebe und die Erdölindustrie den österreichischen Stellen übergeben werden, hoch aktuell. Die sowjetisch verwalteten Betriebe hatten ihre Gewinne, Amortisationsquoten und Umsatzsteuer bisher an die sowjetische Militärbank abzuführen und wurden von ihr nach übergeordneten wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten finanziert. Auf Grund von Informationen beabsichtigt die sowjetische Militärbank, die gewährten Kredite nunmehr zurückzuziehen. Es muß daher mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die bisher sowjetisch verwalteten Betriebe, die zusammen über 63.000 Menschen beschäftigen, den österreichischen Stellen ohne flüssige Betriebsmittel und mit nur geringen Lagern und Außenständen übergeben werden. Die beiden Regierungsparteien haben dieser Eventualität bereits Rechnung getragen und am 14. Juli gemeinsam einen Initiativantrag im Nationalrat eingebracht, wodurch das Finanzministerium ermächtigt wird, bis zum 31. Dezember 1957 die Ausfallhaftung des Bundes für Betriebsmittelkredite, die von der Kreditlenkungscommission empfohlen werden, bis zu einem Gesamthöchstbetrag von 800 Mill. S ganz oder teilweise zu übernehmen. Durch diese Vorkehrung soll erreicht werden, daß die Unternehmungen und Betriebe, die nach den Bestimmungen des Staatsvertrages der Republik Österreich übergeben werden, störungsfrei weitergeführt werden können. Die Ausfallhaftung des Bundes bezieht sich nur auf Zinsendienst und Rückzahlung der Betriebskredite. Sie kommt allen ehemals sowjetisch verwalteten Betrieben und Unternehmungen zugute, gleichgültig, ob sie im Sondervermögen des Bundes bleiben oder von physischen oder juristischen Personen übernommen werden. Für den späteren Investitionsbedarf der USIA-Betriebe und in den investitionspolitisch bisher vernachlässigten Gebieten Ostösterreichs werden zusätzliche Mittel erforderlich sein.

Unter diesen Umständen genügt es nicht, den derzeitigen Nachfrageüberschuß auf den Investitionsgütermärkten aufzusaugen. Die Wirtschaftspolitik hat darüber hinaus die Aufgabe, Leistungsreserven zu schaffen, damit die aus dem Staatsvertrag erwachsenden Ansprüche an das Sozialprodukt rechtzeitig und ohne Gefährdung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes befriedigt werden können.

Die straffere Kreditpolitik der Währungsbehörden beginnt bereits Früchte zu tragen. Das kommerzielle *Kreditvolumen* stieg im Mai nur noch um 95 Mill. S gegen durchschnittlich 532 Mill. S in den ersten drei Monaten und 446 Mill. S im April 1955. Die Kreditexpansion war zum ersten Mal seit November 1954 schwächer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (138 Mill. S). Die Banken und Kreditgenossenschaften, die in ihrer Kreditpolitik an Kreditabkommen gebunden sind, haben ihr kommerzielles Kreditvolumen sogar um 101 Mill. S eingeschränkt. Dank der vorsichtigeren Kreditpolitik ging das *Geldvolumen* um 84 Mill. S zurück, obwohl der Zuwachs an Spareinlagen und die Devisenverkäufe der Notenbank, die bisher die wichtigsten umlaufvermindernden Faktoren bildeten, vorwiegend saisonbedingt schwächer wurden. Auf Sparkonten wurden im Mai nach vorläufigen Zahlen nur 94 Mill. S eingelegt, gegen 288 Mill. S im April, die Devisenverkäufe der Notenbank sanken von 236 Mill. S im April auf 161 Mill. S und 14 Mill. S im Mai und Juni.

Die Verlangsamung der Kreditexpansion hat den *Geldmarkt* bisher nicht entspannt, da die Kreditinstitute gleichzeitig Einlagen verloren. (Der Zuwachs auf Sparkonten wurde durch einen Rückgang der Scheckeinlagen um 155 Mill. S überkompensiert.) Die Krediterteilungsreserve der Banken und Kreditgenossenschaften sank daher im Mai neuerlich um 194 Mill. S und betrug zu Monatsende nur noch 131 Mill. S oder 1,2% der auf die Kreditabkommen anrechenbaren Kredite. Auch die Liquidität der Kreditinstitute blieb angespannt. Die erste Liquidität der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute lag mit 12,5% ebenso wie im Vormonat um 2,5% unter der vorgeschriebenen Mindestreserve. Um die erforderliche Liquidität nachweisen zu können und den erhöhten Bargeldbedarf der Wirtschaft zu decken, haben die Kreditinstitute im Juni 409 Mill. S Handelswechsel bei der Notenbank rediskontiert. Das Wechselportefeuille der Notenbank hat sich damit auf 769 Mill. S ausgedehnt und den höchsten Stand seit August 1953 erreicht. Durch diese Entwicklung bekommt die Notenbank wieder Fühlung mit dem Geldmarkt, sie kann ihn durch die Bankrate und die Wechselzensur wirksamer als bisher steuern.

Die Eindämmung der Kreditausweitung wird den Banken dadurch erleichtert, daß die Kreditnehmer einen namhaften Teil der ihnen zugesagten Kredite bereits beansprucht haben. Die nicht ausgenützten Kreditzusagen der Banken gingen im I. Quartal 1955 um 110 Mill. S zurück; ihr Anteil an den gesamten Kreditzusagen (aushaftende Kredite + nicht ausgenutzte Kreditzusagen) erreichte Ende März 1955 mit

22,8% den tiefsten Stand seit Mitte 1953. Dagegen sind die nicht ausgenützten Kreditzusagen der Hypothekenanstalten und Sparkassen im I. Quartal 1955 um 507 Mill. S gestiegen und waren Ende März mit 1.429 Mill. S mehr als doppelt so hoch wie im März 1954. Ein namhafter Teil dieser noch nicht ausgenützten Kredite dürfte für Bauzwecke reserviert worden sein. Bauherren und Bauunternehmer haben sich meist schon zu Beginn der Bausaison ausreichende Kredite gesichert und werden daher von der Krediteinschränkung zunächst nur wenig betroffen.

Hand in Hand mit den kommerziellen Krediten wird gegenwärtig auch die Emission von *Wertpapieren* eingeschränkt. Im I. Halbjahr 1955 wurden noch 1.589 Mill. S Wertpapiere ausgegeben, d. i. nur um 267 Mill. S weniger als im ganzen Jahre 1954. Da der Kapitalmarkt nach Platzierung der Energieanleihe wenig aufnahmefähig ist und konjunkturpolitische Erwägungen eine zurückhaltende Emissionspolitik nahelegen, werden vom Finanzministerium nur noch in besonders berücksichtigungswerten Einzelfällen Neuemissionen bewilligt. Die Anleihewünsche der Hypothekenanstalten z. B. wurden von 500 Mill. S auf 150 Mill. S reduziert. Der Bund wird i. J. 1955 den Kapitalmarkt nicht beanspruchen. Auch die ursprünglich vorgesehene zweite Tranche der Wohnbauanleihe und verschiedene Anleiheprojekte der Länder und Gemeinden werden zunächst zurückgestellt.

Die Verknappung und Verteuerung der Kredite wird durch die *Preisauflaufstendenzen* in jüngster Zeit vollauf gerechtfertigt. Einzelne Preiserhöhungen gehen vom Weltmarkt aus. Die Notierungen von Kautschuk, Kupfer und verschiedenen anderen industriellen Rohstoffen zogen auf den wichtigsten Welthandelsplätzen merklich an. Gleichzeitig fördert der Investitionsboom im Inland die Neigung, auch weit zurückliegende Kostensteigerungen auf die Preise zu überwälzen. Die Preise für verschiedene Baustoffe, Maschinen und Bauleistungen zeigen eine anhaltend steigende Tendenz. Weiters wurden im Juni Kupfer und Kupferlegierungen, Magnesit, feuerfeste Ziegel, Autoreifen und Emailgeschirr teurer. Auch verschiedene landwirtschaftliche Preise, die in den letzten Monaten wesentlich zur Stabilisierung des Preisniveaus beigetragen haben, ziehen wieder an. Das gilt besonders für Fleisch und Holz. Schweinefleisch wurde teurer, weil ein Teil der Anlieferungen aus dem Markt genommen und exportiert wurde. Der Holzmarkt wird dadurch beeinflusst, daß die Weltmarktpreise wieder steigen und die Exportrestriktionen gelockert wurden. (Im Mai wurden 289.600 m³ Nadel-schmitt Holz exportiert gegen 275.000 m³ im April.) Schließlich stehen Preiserhöhungen für verschiedene

Dienstleistungen bevor. Die Kinobesitzer beabsichtigen die Eintrittspreise durchschnittlich um 50 Groschen hinaufzusetzen, um sich die Mittel für die Modernisierung der Kinos zu beschaffen. Die Gemeinde Wien plant die Tarife der Straßenbahnen (durchschnittlich um rund 50%) und Autobusse zu erhöhen, dafür jedoch die Grundgebühren für Gas und Strom aufzuheben oder zu ermäßigen.

Die leicht steigende Tendenz der Preise spiegelt sich in den verfügbaren Preisindizes. Der Großhandelspreisindex des Statistischen Zentralamtes stieg von Mitte Mai bis Mitte Juni um 3% auf 853 und der Lebenshaltungskostenindex des Institutes um 2,4% auf 679 (1938=100). Die Verteuerung im Kleinhandel ist etwa zur Hälfte saisonbedingt. Außerdem wurden die Verbraucher durch höhere Preise für Kohle, Emailgeschirr, Eier und Fleisch belastet. Mitte Juni waren der Großhandelspreisindex um 6,6% und der Lebenshaltungskostenindex um 0,4% (ohne die Saisonprodukte Obst und Gemüse um 1,1%) höher als Mitte Juni 1954.

Auch die *Löhne* zeigen weiterhin eine leicht steigende Tendenz. Besonders die Angestellten und Beamten konnten in letzter Zeit zum Teil recht namhafte Verbesserungen ihrer Bezüge durchsetzen. In vielen Industriezweigen erhielten die Angestellten Gehaltszulagen, die über die allgemeine Erhöhung von Anfang 1955 hinausgehen, im Gewerbe wurden die Mindestgehälter ab 1. Juni um 6 bis 10% und im Baugewerbe um 7% erhöht. Durch die 3. Etappe des Nachziehverfahrens und vorzeitige Vorrückungen erhöhen sich die Bezüge der Bundesbeamten in den meisten Kategorien um rd. 20%. Die Gehälter liegen damit in Industrie und Gewerbe um 15% bis 50%, beim Bund um 30% bis 50% über dem Stand von Ende 1951. Die Arbeiterlöhne wurden im Juni im Speditionsgewerbe, in der Eisen- und Metallindustrie, im Metallgewerbe und im Bergbau erhöht. Außerdem erhielten die Landarbeiter auf Gutsbetrieben in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland Lohnzulagen. Der Index der Arbeiternettotariflöhne (ohne Kinderbeihilfen) in Wien stieg im Juni infolge der Lohnerhöhungen für Metallarbeiter um 2,1% und war um 4,5% höher als im Vorjahre.

Die Belegung auf dem *Arbeitsmarkt* war im Juni aus naheliegenden Gründen schwächer als saisongemäß zu erwarten war. Da die einsatzfähigen Arbeitskräfte in den konjunkturbegünstigten — und zugleich saisonempfindlichen — Branchen nahezu erschöpft sind, stieg die Zahl der *Beschäftigten* im Juni nur noch um 19.000, gegen 24.400 im Jahre 1954. Sie erreichte damit einen Stand von 2,114.600 Personen, d. s. um 105.800 Beschäftigte oder 5,3% mehr als im

Vorjahr. Fast die Hälfte der im Juni neu aufgenommenen Arbeitskräfte war statistisch nicht als arbeitslos erfaßt. Vermutlich wurden viele von ihnen erst durch die günstigen Beschäftigungsmöglichkeiten in Mangelberufen bewogen, eine Arbeit anzunehmen. Die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden* sank daher im Juni nur um 10.700, gegen 22.000 im Juni 1954. Sie war Ende Juni mit 76.600 Stellensuchenden um 44.000 niedriger als im Juni 1954 und lag um 15.200 unter dem tiefsten Stand vom Vorjahr. Besonders gering war die Abnahme der vorgemerkten Stellensuchenden in typischen Mangelberufen. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter, Metallarbeiter und Holzarbeiter sank im Juni nur noch um 3.100; im Juni 1954 waren es 10.200 Stellensuchende.

Die *Rate der Arbeitslosigkeit* (vorgemerkte Stellensuchende in Prozent des Angebotes an Arbeitskräften) betrug Ende Juni 1955 nur noch 3,5% gegen 5,7% und 3,9% zur gleichen Zeit der Jahre 1954 und 1951. Berücksichtigt man, daß rd. 27.000 vorgemerkte Personen nur beschränkt vermittlungsfähig sind, dann ermäßigt sich die Rate der Arbeitslosigkeit auf 2,3%. Dieser Satz wird selbst in strukturell ausgeglichenen Volkswirtschaften nur unter günstigen Bedingungen erreicht. Gebietsweise und in den konjunkturbegünstigten Branchen und Berufen ist das Arbeitskräftepotential jedoch noch weit stärker – bis auf 1% und weniger – ausgeschöpft.

Die *Industrieproduktion* je Arbeitstag stieg im April um 3,9% auf 215 (1937=100), den bisher höchsten Stand seit Kriegsende. Die Zunahme war jedoch, wie bereits im März, erheblich geringer als im Vorjahr (+10,2%) und entsprach nicht ganz den Saison-erwartungen. Besonders die Metallhütten, die Magnetindustrie und die Fahrzeugindustrie konnten ihre Produktion nicht mehr so ausweiten wie im Vorjahr. Die Papierindustrie, Elektroindustrie und chemische Industrie erzeugten sogar etwas weniger als im März und blieben damit hinter den Saison-erwartungen zurück. Die Gründe für die relativ geringe Zunahme der Industrieproduktion wurden bereits einleitend erwähnt. Die Investitionsgüterindustrien und die Grundstoffindustrien können ihre Produktion nur noch langsam ausweiten, weil Kapazitäten, Arbeitskräfte und teilweise auch Rohstoffe fehlen. Die Konsumgüterindustrien dagegen haben im ganzen noch die Möglichkeit, ihre Produktion zu steigern – der Spielraum ist in den einzelnen Zweigen allerdings sehr verschieden, die Nachfrage nach Konsumgütern wächst jedoch nur langsam und unregelmäßig. Bei Beurteilung der verhältnismäßig geringen Produktionssteigerung im März und April d. J. ist wohl auch zu berücksichtigen, daß die Industrieproduktion in

den Wintermonaten auf ungewöhnlich hohem Niveau stand. Die Ergebnisse des Konjunkturtestes des Institutes deuten jedenfalls darauf hin, daß sich sowohl die Investitionsgüterindustrien als auch die Konsumgüterindustrien in den Monaten Mai und Juni zumindest saisongemäß belebt haben.

Die *Umsätze* im Einzelhandel gingen im Mai saisongemäß um 5% zurück, waren aber mengenmäßig um 14% höher als im Vorjahr. Im Mai 1954 waren allerdings die Umsätze besonders schwach, da das Wetter ungünstig war und Pfingsten erst in den Juni fiel. Verglichen mit April wurden vor allem weniger Lebensmittel gekauft. Das zeitweise schöne Wetter und die Pfingstfeiertage luden zu Ausflügen und Reisen ein und die Konsumenten deckten daher einen größeren Teil des Ernährungsbedarfes in Gaststätten. Außer Lebensmitteln gingen nur noch die Umsätze an Schuhen, Papierwaren und Büchern geringfügig zurück. Dagegen haben die Feiertage und der lebhaftere Reiseverkehr die Nachfrage nach Textilien belebt. Die Umsätze waren um 5% höher als im April und überschritten um 8% den Vorjahresstand (in den Monaten Februar bis April nur um 1%). Geschäfte mit Meterware und gemischten Sortiment schnitten im allgemeinen besser ab als der Handel mit Oberbekleidung, Wäsche, Strick- und Wirkwaren. Auch die Umsätze an Möbeln und Hausrat, die sich in den letzten Monaten auf Vorjahreshöhe stabilisiert hatten, waren unerwartet lebhaft. Sie stiegen wertmäßig um 8% und waren mengenmäßig um 13% höher als im Vorjahre.

Der Einzelhandel erhält gegenwärtig neue starke Impulse. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen, vor allem die der Eisen- und Metallarbeiter, Beamten und Privatangestellten, sowie die noch immer steigende Beschäftigung vermehren die Masseneinkommen und schaffen eine dauerhafte Grundlage für einen wachsenden privaten Verbrauch. Weiters ziehen einzelne Geschäfte, vor allem im Osten Österreichs, daraus Nutzen, daß sich die Besatzungstruppen vor ihrem Abzug mit Konsumgütern eindecken. Schließlich erwartet der Handel von der Schließung der USIA-Läden, die gebietsweise eine ernste Konkurrenz bedeuteten, einen neuen Auftrieb. Die Drosselung des Konsumkredites dürfte dagegen den Absatz nur wenig beeinträchtigen. Wahrscheinlich wird sie nur die Struktur des Konsums – seine Verteilung auf langlebige und kurzlebige Güter – nicht aber seine Höhe beeinflussen. In vielen Fällen wird der Handel den ohnehin nicht sehr umfangreichen organisierten Kredit durch eigene Kundenkredite ersetzen.

Obwohl die Exportkapazitäten vielfach voll ausgelastet sind und international begehrte Güter auch

im Inland knapp sind, zeigt der *Export* weiterhin eine leicht steigende Tendenz. Die Ausfuhr stieg im Mai um 73 Mill. S und erreichte mit 1.473 Mill. S einen Stand, der nur noch im Dezember 1954 übertroffen wurde. Das Exportvolumen war mit 191 (1937 = 100) um 6% höher als im Mai 1954. Die Ausfuhrsteigerung gegenüber April war hauptsächlich höheren Holzexporten zu danken. Da die Weltmarktpreise anziehen und dank Lockerung der Exportrestriktionen auch mengenmäßig mehr ausgeführt werden konnte, stieg die Holzausfuhr wertmäßig um 50 Mill. S auf 318 Mill. S, den bisher höchsten Stand. Außer Holz wurden auch mehr Maschinen und Verkehrsmittel, Papier und Textilien ausgeführt. Dagegen ging der Export von Aluminium, Metallwaren und Magnesitziegel zurück. Die Magnesitindustrie hat Mühe, ihre Exportmärkte gegenüber der vordringenden jugoslawischen Konkurrenz zu halten.

Die trotz lebhafter Binnenkonjunktur bemerkenswert rege Exporttätigkeit ist nicht zuletzt der günstigen Kostenlage der österreichischen Wirtschaft im Vergleich zu anderen Ländern zu danken. Eine Untersuchung des Institutes¹⁾ ergab, daß die österreichische Wirtschaft den Kostenvorsprung, den ihr die Vereinheitlichung der Wechselkurse im Frühjahr 1953 gesichert hatte, im allgemeinen halten konnte. Zwar sind die Löhne in den beiden letzten Konjunkturjahren in Österreich etwas stärker gestiegen als in den meisten anderen Industrieländern, mit denen Österreich auf dem Weltmarkt konkurriert. Dieser Nachteil wurde jedoch weitgehend dadurch ausgeglichen, daß auch die Produktivität der österreichischen Wirtschaft etwas rascher wuchs als im Auslande. Nur gegenüber Westdeutschland hat sich die Wettbewerbslage, gemessen an den Kosten

¹⁾ Siehe Beilage Nr. 30 zu den Monatsberichten: „Lohnkosten und Produktivität in Österreich und im Ausland“, Juni 1955.

je Erzeugungseinheit, in den letzten zwei Jahren etwas verschlechtert.

Im Gegensatz zur Ausfuhr ging die *Einfuhr* im Mai um 38 Mill. S auf 1.760 Mill. S zurück. Das Importvolumen überschritt mit 152 (1937 = 100) um 36% den Vorjahresstand, blieb aber ziemlich beträchtlich unter den bisherigen Höchstständen von Dezember 1954 und März 1955. Die gesamte Einfuhr ging im Mai hauptsächlich deshalb zurück, weil vorübergehend weniger Mais, Roggen und andere Nahrungsmittel, aber auch weniger Tabak, Öle, Fette und Rohstoffe eingeführt wurden als in den Vormonaten. Mehr importiert wurden Brennstoffe, halbfertige Waren, Maschinen und Verkehrsmittel sowie sonstige Fertigwaren. Die Einfuhr von Personenkraftwagen ist neuerlich um 12 Mill. S gestiegen und erreichte mit 144 Mill. S oder 8% der Gesamteinfuhr einen neuen Höchststand.

Das Passivum in der *Handelsbilanz* ist in den letzten Monaten erheblich zurückgegangen: von 615 Mill. S im März auf 398 Mill. S und 287 Mill. S in den Monaten April und Mai. Aber auch dieses stark verringerte Defizit konnte nur teilweise durch Einnahmen aus unsichtbaren Transaktionen gedeckt werden. Obwohl im Mai um 47% mehr Ausländer nach Österreich reisten und die Zahl der Übernachtungen um 33% höher war als im Vorjahre, gingen aus dem Fremdenverkehr nur 100 Mill. S Devisen ein, um 24% weniger als im Mai 1954. Die Devisenausgaben von Österreichern im Ausland betrugen 41 Mill. S. Die Nettodevisenbestände der Notenbank sanken daher im Mai um 161 Mill. S und im Juni um 14 Mill. S. Die Monatsabrechnung mit der europäischen Zahlungsunion wies in den beiden Monaten ein Defizit von 11'8 Mill. \$ und 9'1 Mill. \$ auf; Ende Juni war das österreichische Guthaben bei der EZU bis auf 1'1 Mill. \$ aufgebraucht.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.7

Die *Kreditexpansion* hat sich im Mai verlangsamt. Die Ausweitung der kommerziellen Kredite war mit 95 Mill. S (vorläufige Zahl) zum ersten Mal seit November 1954 geringer als im gleichen Monat des Vorjahres (138 Mill. S). Die dem Kreditabkommen unterliegenden Institute (mit Ausnahme der Sparkassen) schränkten ihre Kredite sogar um 101 Mill. S ein, gegen 24 Mill. S im Vorjahr.

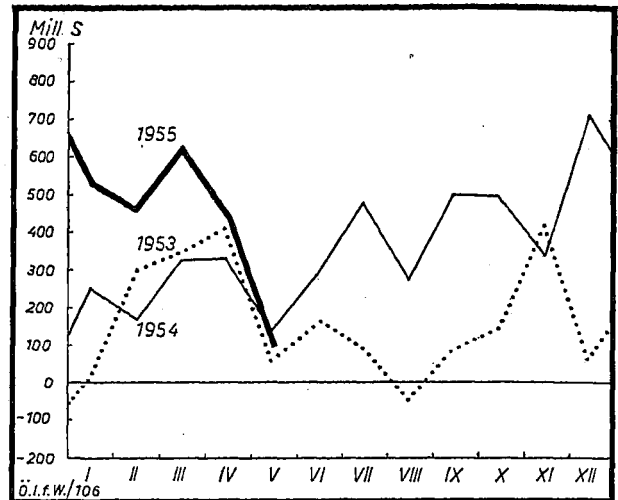
Demgegenüber ist das Kreditvolumen im I. Quartal 1955 noch um 1.601 Mill. S ausgeweitet worden (gegen 744 Mill. S im gleichen Zeitraum 1954). Vor allem verschuldete sich die Industrie in höherem Maße. Während sie im I. Quartal des Vorjahres nur 34% der neu gewährten Kredite erhielt, nahm sie in diesem Jahr 46% der neu gewährten Kredite in Anspruch. Die Investitionsgüterindustrien nahmen relativ mehr Kredite auf als die Konsumgüterindustrien. Von den neugewahrten Industriekrediten der Banken von 592 Mill. S (ohne Exportkredite) entfielen 210 Mill. S auf Investitionsgüterindustrien, die im gleichen Zeitraum des Vorjahres per Saldo 79 Mill. S Kredite zurückgezahlt hatten. Die Erhöhung der Kreditnachfrage der Industrie läßt sich zum Teil dadurch erklären, daß die Ende des Jahres vom Handel importierten Waren jetzt von der Industrie bezahlt wurden.

Eine zurückhaltende Kreditpolitik fällt den Banken gegenwärtig um so leichter, als die von ihnen zugesagten Kredite bereits in hohem Maße beansprucht wurden. Nach einer Statistik der Nationalbank¹⁾ haben die Banken im I. Quartal 1955 784 Mill. S zusätzliche kommerzielle Kredite zugesagt, die Kreditnehmer aber 894 Mill. S zusätzliche Kredite beansprucht. Die nicht ausgenutzten Kreditzusagen sind daher um 110 Mill. S zurückgegangen; ihr Anteil an den gesamten Kreditzusagen (aushaftende Kredite und nicht ausgenutzte Kreditzusagen) erreichte Ende März 1955 mit 22,8% den niedrigsten Stand seit Mitte 1953.

Dagegen sind die nicht ausgenutzten Kreditzusagen der Sparkassen und Hypothekenanstalten im I. Quartal 1955 um 507 Mill. S auf 1.429 Mill. S oder 22,1% der gesamten Kreditzusagen gestiegen (Ende März 1954 hatten sie nur 622 Mill. S oder 15,4% betragen). Die meisten der im I. Quartal 1955 gewährten, aber nicht beanspruchten Kredite dürften

¹⁾ Die nicht ausgenutzten Kreditzusagen der Kreditinstitute wurden von der Nationalbank erstmalig in Nr. 6 ihrer „Mitteilungen“ (Juni 1955) veröffentlicht; sie wurden in beiliegenden „Statistischen Übersichten“ in Tabelle 1.4 aufgenommen.

Monatliche Veränderung der kommerziellen Kredite (Normaler Maßstab; in Mill. S)



Im 2. Halbjahr 1954 und in den ersten Monaten dieses Jahres war die Zunahme der kommerziellen Kredite stärker als in den gleichen Zeiträumen der Vorjahre. Im Mai war die Ausweitung aber geringer, weil die Flüssigkeit des Geldmarktes abnahm und die Kreditrestriktionsabkommen wirksam wurden.

für Bauten vorgesehen sein. Die Bauherren und die Bauunternehmer haben sich schon zu Jahresbeginn vorsorglich Kredite für die Saison gesichert und werden daher zunächst von der Kreditverknappung nur wenig betroffen.

Die Kreditinstitute werden künftig nicht nur weniger kommerzielle Kredite vergeben, sondern auch weniger Wertpapiere erwerben. Der Bund hat vorläufig auf die Emission öffentlicher Anleihen einschließlich der zweiten Tranche der Wohnbauanleihe (400 Mill. S) verzichtet. Auch die ursprünglich beabsichtigten Anleihen von Ländern, Gemeinden und für Energiebauten sollen zunächst zurückgestellt werden. Diese Anleihen hatten bisher den größten Anteil an den Neuemissionen. Andere Anleihen will das Finanzministerium nur in besonders berucksichtigungswerten Einzelfällen genehmigen.

In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden dagegen noch rund 1.589 Mill. S Wertpapiere ausgegeben, nur um 267 Mill. S weniger als im ganzen Jahr 1954. Zwei Drittel bis drei Viertel der Neuemissionen dürften ebenso wie im Vorjahr von den Kreditinstituten übernommen worden sein.

Das Zahlungsbilanzdefizit hat sich im Mai und Juni saisongemäß durch die Fremdenverkehrseinnahmen verringert. Der Nettodevisenbestand der Nationalbank nahm nur noch um 161 und 14 Mill. S ab. Im Juli dürfte wieder ein geringer uberschuf entstehen. Bei der EZU-Verrechnung betrug das Defizit 11,8 und 9,1 Mill. S. Im II. Quartal hat der Gold- und Devisenbestand mit 411 Mill. S um 59 Mill. S

Emission von Anleihen

	1954	1955
	1. Halbjahr	
	Nennwert in Mill. S	
Anleihen des Bundes, der Post, Bundesbahn und des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds	1.245	—
Landesanleihen	200	80
Wasserkraftschuldverschreibungen	—	rd. 1.215 ^{b)}
Kommunalobligationen	177	108
Pfandbriefe	219	171
Industrieobligationen	15	15
Insgesamt...	1.856 ^{a)}	rd. 1.589

^{a)} Energieanleihe 2 rd. 965 Mill. S, Illwerke 100 Mill. S, Tiwag 100 Mill. S und Stewag 50 Mill. S. — ^{b)} Diese Summe ist gegenüber der im Februarheft der Monatsberichte auf Seite 50 veröffentlichten Zahl um 300 Mill. S niedriger, weil die dort eingerechnete Newag-Anleihe bis jetzt noch nicht emittiert wurde.

mehr abgenommen als im I. Quartal. Im II. Quartal des Vorjahres flossen dagegen der Nationalbank 1.106 Mill. S zu, um 78 Mill. S mehr als im I. Quartal.

Der umlaufverringende Effekt der *Spareinlagen* war saisongemäß schwächer als in den Vormonaten. Außerdem hatten bei Abschluß des Staatsvertrages Gerüchte über eine bevorstehende Abwertung oder einen Geldumtausch das Aufkommen an Spareinlagen beeinträchtigt. Nach vorläufigen Zahlen erreichte die Nettozunahme der Spareinlagen im Mai mit 94 Mill. S nicht die Höhe des Vorjahrsmonats von 140 Mill. S. Im Juni nahmen aber die Spareinlagen nach bisherigen Meldungen wieder stärker zu.

Obwohl im Mai die bisher wichtigsten umlaufvermindernden Faktoren, nämlich Spareinlagen und Zahlungsbilanzdefizit, schwächer wurden, hoben sie die umlaufvermehrnde Wirkung der Kreditausweitung auf. Das *Geldvolumen* ging im Mai um 84 Mill. S zurück. Abgesehen von der saisonbedingten Abnahme im Jänner war dies der erste Rückgang seit September 1952. Im Mai des Vorjahres hatte das Geldvolumen um 227 Mill. S zugenommen. Der Rückgang entstand durch Abhebungen von Scheckkonten in Höhe von 155 Mill. S, während der Noten- und Münzenumlauf um 29 Mill. S zunahm.

Im Juni stieg der Notenumlauf um 349 Mill. S, um 23 Mill. S mehr als im Vorjahr. Saisongemäß nimmt der Notenumlauf in der zweiten Jahreshälfte stärker zu als im ersten Halbjahr. Dadurch wird sich der Geldmarkt weiter anspannen. Die Kreditinstitute beschafften sich die zusätzlich im Juni in den Umlauf kommenden Noten durch Rediskontierung von Handelswechseln. Das Portefeuille der Notenbank an diesen Papieren stieg dadurch um 409 Mill. S auf 769 Mill. S. 81 Mill. S der erhaltenen liquiden Mittel verwendeten die Institute dazu, um ihre freien Giro Guthaben bei der Nationalbank und damit ihre Liquidität zu erhöhen.

Ende Mai war die *I. Liquidität* der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute nur 12,5%, d. s. 2,5% unter der vorgeschriebenen Liquidität, also

ebenso niedrig wie im Monat vorher. Die Verbesserung der Liquidität durch den Rediskont von Handelswechseln kann trotz der auf 4,5% erhöhten Bankrate für einzelne Institute günstiger sein als die Bezahlung des Pönales von 2% für die Liquiditätsunterschreitung. Denn die Eskontheilfe braucht nur für kurze Zeit in Anspruch genommen werden, die 2% Strafzinsen werden jedoch für den ganzen Monat berechnet. Außerdem war bei einzelnen Instituten die Liquidität schon auf das technisch erforderliche Minimum gesunken.

Die Nettounterschreitung des *Kreditplafonds* der Banken und Kreditgenossenschaften ist im Mai von 325 Mill. S auf 131 Mill. S zusammengeschrumpft. Obwohl die Banken ihr Kreditvolumen um 51 Mill. S einschränkten, ging die Nettounterschreitung bei ihnen um 57 Mill. S auf 98 Mill. S zurück, weil sie Einlagen verloren. Ihre Überschreitungen haben geringfügig abgenommen. Die bei einzelnen Instituten noch bestehenden Unterschreitungen des Kreditplafonds sind um 63 Mill. S auf 430 Mill. S gesunken.

Der durch den Emissionsstopp zu erwartende Rückgang der Wertpapierkäufe der Kreditinstitute wird sich auf den Kreditplafond auswirken. Die Wertpapierkäufe hatten ihn bisher erhöht, da sie nicht als Kredit im Sinne der Abkommen angesehen werden, aber ebenso Einlagen schaffen wie kommerzielle Kredite. Unter der Voraussetzung, daß alle Kreditinstitute nur 50% der neu zufließenden Einlagen als Kredite vergeben dürften, hätten Wertpapierkäufe dem gesamten Kreditapparat eine zusätzliche Ausweitung der kommerziellen Kredite um rund ein Drittel des gekauften Betrages erlaubt.

Der *Rentenmarkt* steht noch unter dem Eindruck der Bankratenerhöhung. Die Aufbauanleihe ging Anfang Juni von 97 auf 95 zurück. Die Kurse der 4%igen Pfandbriefe und Kommunalobligationen, von denen Anfang des Jahres noch 470 Mill. S im Umlauf waren, wurden von 88 auf 82 zurückgenommen. Anfang Juli sanken auch die 6%igen Papiere, die derzeit emittiert werden, um 1 1/2%. Die Kursrückgänge haben ihre Rendite jedoch bis jetzt weniger erhöht, als die Verzinsung der Spareinlagen stieg. Ab 1. Juli werden Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist um 1/2% mehr als bisher, nämlich mit 3,5%, verzinst.

Am *Aktienmarkt* sind die Kurse von Mitte Mai bis Mitte Juni weiter gestiegen, die Umsätze gingen zurück. Während im Vorjahr die Aktien von Unternehmungen der Investitionsgüterindustrien, wie Bauindustrie und Magnesitbergbau, am meisten stiegen, konnten im 1. Halbjahr 1955 auch die Aktien von Unternehmungen der Konsumgüterindustrien, vor allem der Textil- und der Brauereiindustrie, Kurs-

gewinne erzielen. Sie bleiben aber weit hinter der vorjährigen Kursbewegung zurück.

Veränderung der Aktienkurse i. J. 1954 und 1955

Industriezweig	in %	
	I. 1954 bis I. 1955	I. 1955 bis VI. 1955
Bauindustrie	+81	+ 4
Magnesitbergbau	+73	- 4
Metallindustrie	+57	+ 8
Nahrungsmittelindustrie	+50	+ 1
Textilindustrie	+38	+10
Papierindustrie	+29	0
Brauereindustrie	+21	+ 7
Insgesamt ...	+47	+ 5

Die Börsenumsätze dürften sich beleben, nachdem am 1. Juli die Provision um rund ein Drittel gesenkt wurde. Während bisher der Kurs einer Aktie um 4,4% und der eines festverzinslichen Papiers um 2,4% steigen mußte, um die Spesen des Kaufes und Verkaufes wettzumachen, genügen jetzt 2,9 und 1,8%.

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

Nachdem das Preisniveau in den ersten Monaten 1955 annähernd stabil geblieben war, mehrten sich in jüngster Zeit die Preisauftriebstendenzen. Der Anstoß zu Verteuerungen geht teilweise vom Weltmarkt aus. Die Weltmarktpreise für Kohle, Kautschuk, Kupfer und andere industrielle Rohstoffe zogen in jüngster Zeit an. Gleichzeitig verstärkt der Investitionsboom im Inland die Neigung, Kostensteigerungen — auch wenn sie weit zurückliegen — auf die Preise zu überwälzen. Da die Produktivität in der Industrie steigt und die Liberalisierung die Importkonkurrenz fördert, steigen jedoch die Fertigwarenpreise im allgemeinen weniger als die Löhne und Materialpreise.

Die Weltmarktpreise, die in den Vormonaten leicht nachgaben, haben sich seit Mai wieder etwas gefestigt. Der Kautschukpreis in Singapur steigt seit vielen Monaten und erreichte Ende Juni den höchsten Stand seit der Koreahauss; die Notierungen liegen bereits um rund 60% höher als Anfang 1954. Die Hausse geht teilweise auf die steigende Automobilproduktion zurück. Auch der Preis für Kupfer zog nach einem vorübergehenden Rückgang im April wieder an. Uneinheitlich ist hingegen die Lage auf dem Stahlmarkt. Während die Exportpreise der Montan-Unionländer nach Drittländern weiter sinken — eine Reaktion auf die heftigen Preissteigerungen im I. Quartal — führten die Verteuerungen für Kohle und Schrott zu einer Erhöhung der westdeutschen Inlandspreise für Stahl um durchschnittlich 2,3%. Die Notierungen für Textilrohstoffe und Getreide gaben nach, da beträchtliche Überschüsse und Ungewißheit über die amerikanische Stützungs politik bestehen. Die

Kaffeepreise, die im Mai den tiefsten Stand seit fünf Jahren erreicht hatten, erholten sich wieder, da die kaffeeproduzierenden Länder einen Marktregulierungsplan entworfen haben, der voraussichtlich schon im Juli in Kraft treten wird. Die Frachtkosten, die zuvor zurückgegangen waren, ziehen seit der zweiten Aprilhälfte wieder an.

Der Reuterindex stieg im Laufe des Juni um 1,5%, der Moody-Index um 1,9%.

Auf dem *Inlandsmarkt* werden in zunehmendem Maße Kostensteigerungen auf die Preise für industrielle Produkte überwälzt. Dies trifft insbesondere für Investitionsgüter zu: nachdem bereits in den Vormonaten verschiedene Baustoffe und Maschinen teurer geworden sind, wurden im Juni die Preise für Magnesit um knapp 10% und die für feuerfeste Ziegel um 15% erhöht. Damit haben jene Preise, die — nach einer leichten Preissenkung — seit Ende 1951 unverändert geblieben waren, auch ihren seinerzeitigen Höchststand (Juni bis November 1951) überboten. Die Verteuerungen werden meist damit begründet, daß seit der Preiserhöhung die Löhne und die Preise für Importrohstoffe erheblich gestiegen sind. Die Magnesitproduzenten weisen außerdem darauf hin, daß die Inlandspreise bisher durch hohe Exportpreise gestützt wurden. In jüngster Zeit hat sich aber, insbesondere durch das Auftreten Jugoslawiens auf dem Weltmarkt, die Konkurrenz verschärft und die Exportpreise mußten gesenkt werden. Daher wird ein Ausgleich durch Erhöhung der Inlandspreise angestrebt.

Der Inlandspreis für Kupfer, der in Anlehnung an die rückläufige Tendenz der Weltmarktpreise im Mai von S 24.500 je Tonne auf S 23.000 herabgesetzt worden ist, stieg ab 1. Juni wieder, entsprechend den gefestigten Weltmarktnotierung auf S 24.000. Demgemäß wurden auch die Höchstpreise für Altkupfer und -legierungen wieder um 2,5% bis 4,5% hinaufgesetzt. Der Preisauftrieb auf dem Kautschukmarkt bewirkte im Juni eine Erhöhung der Preise für Autoreifen um durchschnittlich 6%. Die Preise für Emailgeschirr wurden um 5% erhöht, wobei die zur Zeit weit zurückliegende Steigerung verschiedener Kostenarten in Rechnung gestellt wird.

Auf dem Holzmarkt, der sich in den Monaten vorher stabilisiert hatte, stiegen die Preise wieder leicht an. Dies geht teils auf die Lockerung der Exportrestriktionen, teils auf die neuerliche Festigung der Auslandspreise zurück.

In den letzten Monaten gingen von der Landwirtschaft gewisse preisstabilisierende Einflüsse aus. Vor allem der Schweinemarkt hat sich dank steigenden Anlieferungen entspannt. Im Juni sind jedoch,

teils infolge künstlicher Angebotsbeschränkungen, teils saisonbedingt, die Preise für Schlachtschweine wieder leicht gestiegen. Die Schweinepreise liegen jedoch noch beträchtlich unter dem Vorjahresniveau. Da aber die Verarbeiterspannen für Fleisch — wie meistens bei sinkenden Viehpreisen — stiegen und überdies die Gesamtkalkulation durch rückläufige Fettpreise belastet wird, liegen die Verbraucherpreise für Schweinefleisch kaum unter dem vorjährigen Niveau. Die Rinderpreise sind weiterhin sehr fest und liegen höher als im Vorjahre. Die Verbraucherpreise für Rindfleisch sind für die meisten Sorten um 10 bis 15% höher als vor einem Jahr.

Bei den Kinoeintrittspreisen, die bereits im Dezember des Vorjahres um durchschnittlich 50 Groschen erhöht worden sind, ist ein Steigerung um weitere 50 Groschen geplant. Der Mehrerlös soll einem Investitionsfonds zur Modernisierung der Kinos zugeführt werden. Weiters besteht die Absicht, verschiedene öffentliche Tarife, wie die Wiener Straßenbahnfahrpreise und die Rundfunkgebühren, zu erhöhen. Andererseits sollen die Grundgebühren für Gas, Strom und Telephon ermäßigt oder aufgehoben werden.

Um den Milchpreis zu halten, wurde rückwirkend ab 1. Jänner die Subvention von 20 Groschen auf 22 Groschen je Liter erhöht; der Mehrbetrag fließt nicht den Produzenten, sondern dem Milchwirtschaftsfonds zu. Nachdem die Konsumgenossenschaften den Zuckerpreis für die Einsiedezeit um 30 Groschen je kg gesenkt haben, wurde eine generelle Aktion zur Abgabe von verbilligtem Zucker in die Wege geleitet. 7.060 t Zucker sollen um 1 S verbilligt abgegeben werden, so daß rund 1 kg je Kopf der Bevölkerung entfällt. (Siehe Abschnitt „Umsätze und Verbrauch“, S. 215.)

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete *Großhandelspreisindex* stieg in der Berichtsperiode um 3% und erreichte mit 853 (März 1938=100) einen neuen Höchststand. Der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel erhöhte sich um 3·1%, da Rindfleisch und Schweinefleisch um 11·1% und 6·4% teurer wurden. Der Teilindex für Industriestoffe stieg um 2·8%: vor allem wirkten sich hierbei die Verteuerung für Steinkohle (13·0%), Kautschuk (9·8%), Kupfer, Baumwolle und Holz aus; Wolle und Jute dagegen sind um weniges billiger geworden.

Der Abstand des *Großhandelspreisindex* gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres betrug Mitte Juni bereits 6·6%; der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel lag um 5·1%, der für Industriestoffe um 8·8% über dem Vorjahresniveau. Abgesehen von dem Kartoffelpreis, der im Vorjahre besonders gedrückt war und bei dem auch gewisse saisonale Ver-

schiebungen eine Rolle spielen, ergaben sich die stärksten Steigerungen gegenüber dem Vorjahre bei den weltmarktbedingten Preisen für Kautschuk, Hanf und einigen Metallen sowie bei den Holzpreisen. Die Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahre blieben, außer einigen Nahrungsmitteln, hauptsächlich auf Waren beschränkt, deren Weltmarktpreise zurückgingen (Kaffee, Wolle) oder die inzwischen von Abgaben befreit wurden (Benzin, Zucker).

Entwicklung der Großhandelspreise von Juni 1954 bis Juni 1955

Preiserhöhungen	%	Preissenkungen	%
Kautschuk	48'0	Wolle	15'6
Kupfer	35'8	Jute	4'5
Nickel	21'6	Sohlenleder	7'0
Zink	15'0	Benzin	5'5
Blei	7'7	Zinn	4'7
Bau- und Nutzholz	29'8	Kristallsoda	5'0
Brennholz	21'3	Kaffee	3'9
Steinkohle	13'0	Zucker	4'1
Magnesit	9'7	Schweinefleisch	3'0
Feuefeste Ziegel	15'0	Bohnen	16'7
Rotationspapier	8'8	Limsen	16'7
Zellulose	8'6	Erbsen	4'0
Hanf	38'5		
Baumwolle	1'6		
Baumwollgarne	1'3		
Kalbleder	6'3		
Paraffin	9'1		
Petroleum	1'7		
Leinöl	2'9		
Rindfleisch	8'1		
Kartoffeln	86'0		
Eier	21'4		
Hafer	17'6		
Gerste	3'0		
Heu	10'5		
Stroh	16'7		

Der vom Institut berechnete *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern in Wien) stieg von Mitte Mai bis Mitte Juni um 2·4%. Allerdings geht ein Teil der Steigerung auf Saisoneinflüsse zurück. Die starke Erhöhung des Spinatpreises entspricht der normalen Saisonbewegung, bei Kartoffeln wurde die Steigerung dadurch bewirkt, daß, wie im Juni üblich, bereits teilweise die Preise für importierte Frühkartoffeln in Rechnung gestellt wurden. Sieht man von diesen beiden jahreszeitlich bedingten Schwankungen ab, so reduziert sich die Steigerung des Lebenshaltungskostenindex gegenüber dem Vormonat auf 1·1%. Von den Nahrungsmitteln haben sich Eier und Fleisch verteuert, während Äpfel und Hülsenfrüchte etwas billiger wurden. Außerdem wurde auch Hausbrandkohle teurer, weil die Preise für polnische Kohle erhöht wurden; gleichfalls gestiegen sind die Preise für Haushaltgegenstände aus Email (Kochtöpfe, Bratpfannen, Waschbecken, Eimer um je 5%).

Nachdem der Lebenshaltungskostenindex in den beiden Vormonaten die entsprechenden Vorjahresstände unterschritten hatte, lag er im Juni wieder um 0,4% höher als im Vorjahr.

Auf dem *Lohnsektor* hält vor allem die Auftriebsbewegung bei den *Gehältern* der Angestellten und Beamten an, die in der Periode der Preis- und Lohnabkommen zumeist weniger gestiegen sind als die Arbeiterlöhne. Bei den Industrieangestellten erzielten weitere Fachverbände zusätzliche Erhöhungen von 2% bis 4% über die generelle 4%ige Gehaltserhöhung ab 1. Jänner 1955. Da in den beiden Jahren vorher Entnivellierungen im Gange waren, liegen in vielen Branchen die Mindestgehälter der Industrieangestellten derzeit um 15 bis 50% höher als in der Periode zwischen Juli 1951 und März 1953, wobei die Steigerung bei den höher qualifizierten Angestellten durchwegs stärker ist als bei den unteren Kategorien.

Ab 1. Juni wurden auch die Mindestgehälter der Angestellten des Gewerbes (mit Ausnahme einiger Innungen) in der untersten Verwendungsgruppe um 6%, in den mittleren und höheren Gruppen um 8 bis 10% gesteigert. Die Gehälter der Gewerbeangestellten liegen aus dem gleichen Grunde wie bei den Industrieangestellten gleichfalls um 15 bis 50% höher als in der Zeit nach dem 5. Preis-Lohn-Abkommen.

Bei den Angestellten des Baugewerbes, die einen gesonderten Kollektivvertrag haben, beträgt die Gehaltssteigerung ab 1. Juni einheitlich 7% zuzüglich eines Urlaubszuschusses in Höhe von 25% eines Monatsgehaltes.

Nachdem bereits ab Jänner 1955 die Gehälter für Redakteure und redaktionelle Mitarbeiter bei Tageszeitungen um 10% gesteigert worden sind, wurden ab Juni auch die entsprechenden Gehälter bei Wochenblättern und Zeitschriften um 6% erhöht.

Für die Bundesbeamten traten mit Anfang Juni außer der 3. Etappe der Entnivellierung noch weitere Gehaltserhöhungen in Form von Vorrückungsbeträgen in Kraft, die zum Teil die Wirkungen des neuen für 1956 erwarteten Gehaltsgesetzes vorwegnehmen. Den Beamten werden je nach Kategorie zusätzlich zur 3. Entnivellierungsetappe noch 1 bis 3 Biennalzulagen gewährt. Durch diese beiden Maßnahmen stiegen die Gehälter der Bundesbeamten in den meisten Kategorien am 1. Juni um rund 20%. Im Gesamteffekt liegen die Gehälter der Bundesbeamten nunmehr in den meisten Fällen um 30 bis 50% höher als in der Periode zwischen Juli 1951 und Juli 1953. Die öffentlich Bediensteten betrachten jedoch die Gehaltsbewegung noch nicht als abgeschlossen,

sondern fordern eine weitere Valorisierung ihrer Bezüge.

Auch bei den *Arbeiterlöhnen* sind wiederum Auftriebskräfte wirksam. Über die Lohnerhöhung in der Spedition sowie in der Metallindustrie (ab 1. Juni) wurde bereits im letzten Heft berichtet. Im Laufe des Juni wurden in ähnlichem Ausmaße wie in der Metallindustrie auch die Löhne im Metallgewerbe und im Bergbau erhöht.

Ferner wurden die Löhne der Landarbeiter in Gutsbetrieben Wiens, Niederösterreichs und des Burgenlandes um 4 bis 8% erhöht. Auch eine Steigerung des Weihnachtsgeldes sowie ein Urlaubszuschuß wurden vereinbart. In der Textilindustrie wird über eine Steigerung der Akkordbasis verhandelt. Die Forderung nach einem Urlaubszuschuß wurde jedoch zurückgestellt.

Außer diesen generellen Lohnbewegungen sind in letzter Zeit auch verschiedene Lohnsteigerungen in Betrieben vorgenommen worden. Allgemein setzt sich die Tendenz zu einer dezentralisierteren Lohnpolitik durch, wobei Vorstöße vor allen in konjunkturbegünstigten Branchen und Betrieben erfolgen.

Der Index der *Arbeitertariflöhne* in Wien (Nettolöhne für Verheiratete mit zwei Kindern) stieg im Juni durch die Lohnerhöhung der Metallarbeiter um 2,1% (ohne Kinderbeihilfe) bzw. 1,7% (mit zwei Kinderbeihilfen).

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.10

Die *Ernteaussichten* haben sich dank der günstigen Witterung im Juni erheblich gebessert. Im Osten des Bundesgebietes, im Wald- und Mühlviertel blieben die Grünfütter- und Heuerträge unter dem Durchschnitt, dagegen war der Futterwuchs in den übrigen Gebieten sehr günstig. Die Qualität des Futters glich jedoch die Mengenunterschiede weitgehend aus, da das Heu im Gebiet der Alpen oftmals verregnet wurde, während es sonst gut eingebracht werden konnte. Raps, Getreide und Frühkartoffeln werden so wie im Vorjahr um 14 Tage später als im langjährigen Durchschnitt reifen. Man rechnet allgemein wieder mit mittleren Erträgen. Der Fruchtansatz bei Obst läßt sogar eine sehr gute Ernte erwarten. Auch Gemüse gedeiht heuer besonders gut. Nur Wein, der ohnehin nur schleppend abgesetzt wird, dürfte einen geringen Ertrag bringen. Eine neuerliche Rekord-ernte hätte der hohen Lagerbestände und des begrenzten Faßraumes wegen kaum untergebracht werden können.

Da die Lieferfristen für *Steyr-Traktoren* 5 bis 7 Monate betragen, verlangt die Landwirtschaft, daß

mehr Traktoren als bisher — vor allem solche bis 12 PS und von 20 PS Motorleistung¹⁾ — importiert werden. Im Jahre 1954 wurden je Monat im Durchschnitt nur 127 Traktoren zum Import zugelassen und 153 Traktoren exportiert, in den ersten vier Monaten 1955 durchschnittlich 175 bzw. 202 Stück. Nachdem die Auftragseingänge seit März stark zurückgegangen sind, die Traktorenproduktion aber mit voller Kapazität (pro Monat 1.150 Stück) weiterläuft, werden sich die Lieferfristen in der nächsten Zeit verkürzen. Im April und Mai wurden z. B. um 109% und 88% Traktoren vom Typ 80 und um 19% und 55% Traktoren vom Typ 180 mehr zum Verkehr zugelassen, als Lieferaufträge eingingen. Die außerordentlich hohen Aufträge vom Jänner und Februar spiegeln die Nachfrage nach Traktoren nicht richtig wider, da die Bauern aufgefordert wurden, ihre Bestellungen bereits im Winter und nicht erst knapp vor der Ernte aufzugeben. Immerhin sind aber in den ersten fünf Monaten um 59% (Typ 80) und 2% (Typ 180) mehr Traktoren bestellt worden als im gleichen Zeitraum 1954. Zum Verkehr wurden um 89% und 50% mehr Traktoren zugelassen. Die verstärkte Nachfrage nach Traktoren mit 15 PS Motorleistung geht auf die forcierte Motorisierung in den bäuerlichen Mittelbetrieben zurück.

Bestellung und Auslieferung von Steyr-Traktoren

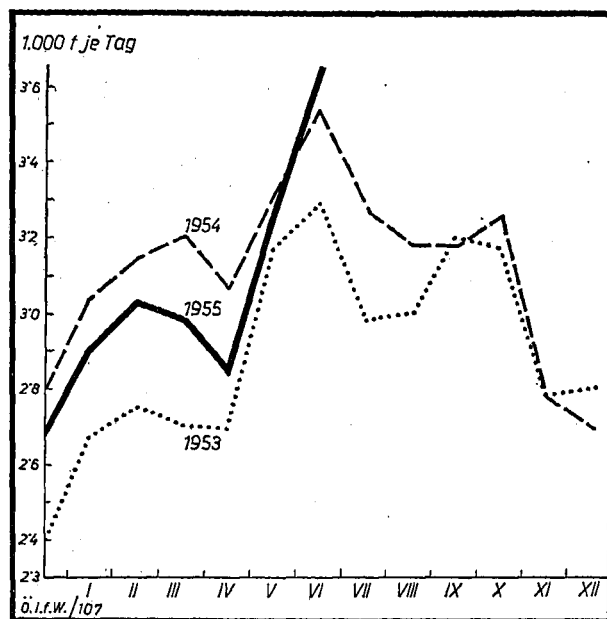
Monat	Auftragseingang ¹⁾				Behördliche Zulassung			
	15-PS-Traktor		30-PS-Traktor		15-PS-Traktor		30-PS-Traktor	
	1954	1955	1954	1955	1954	1955	1954	1955
Jänner	111	1.391	48	446	158	293	85	163
Februar	222	1.162	108	387	121	506	58	202
März	701	595	489	303	451	749	164	207
April	809	360	461	224	551	753	170	266
Mai	585	362	363	137	295	679	223	213
Insgesamt ...	2.428	3.870	1.469	1.497	1.576	2.980	700	1.051

¹⁾ Angaben der Steyr-Werke.

Auch im Mai war das Angebot an heimischem Brotgetreide (10.938 t) niedriger als im Vorjahr (-17%). Seit 1. Juli 1954 hat die Landwirtschaft 342.186 t Getreide auf den Markt gebracht. Die Marktleistung im Wirtschaftsjahr 1954/55 wird voraussichtlich rund 355.000 t erreichen und um 95.000 t (21%) unter der vom Vorjahr bleiben. Ende Mai waren die Vorräte an Brotgetreide (120.000 t) um 29.000 t kleiner als im Vormonat und um 48.000 t niedriger als Ende Mai 1954. Sie reichen für 61 Tage. An ausländischem Futtergetreide hielt man einen Monatsbedarf (35.000 t) auf Lager. Ölkuchen (8.000 t) sind in ausreichender Menge vorhanden, dagegen

¹⁾ In den Steyr-Werken werden nur Traktoren mit 15 PS (Typ 80), 30 PS (Typ 180), 45 PS (Typ 185) und 60 PS (Typ 285) Motorleistung erzeugt.

Marktproduktion an Milch
(Normaler Maßstab; 1.000 t je Tag)



Die Marktproduktion von Milch, die in den ersten drei Quartalen 1954 die vom Vorjahr stark übertroffen hatte, war im IV. Quartal nur etwa gleich hoch und von Jänner bis Mai 1955 sogar niedriger als im Jahre vorher. Im Juni wurden aber dank dem vielerorts sehr hohen Anfall von Grünfutter wieder größere Milchmengen auf den Markt gebracht. Da im Alpen- und Voralpengebiet reichlich Futter nachwächst, darf man auch im Sommer mit einer ebenso guten Milchversorgung wie im Vorjahr rechnen.

sind Kleie und Futtermehl (4.500 t) nach wie vor knapp.

Die Produktion von Milch war in der zweiten Maihälfte dank gutem Futterwuchs überraschend hoch. Mit 100.760 t brachte die Landwirtschaft nur um 1.6% weniger auf den Markt als im Mai 1954. Der Rückstand gegenüber dem Vorjahr war damit kleiner als im März und April (-7%). Im Juni rechnet man mit einer Marktproduktion von 108.000 bis 110.000 t, gegen 106.000 t im Vorjahr. Wohl ging die Produktion Mitte Juni saisonbedingt zurück. Da heuer aber im Alpen- und Voralpengebiet viel Futter nachwächst, dürfte auch im Sommer mit annähernd so viel Milch wie im Vorjahr zu rechnen sein. Der hohe Milchanfall machte es möglich, täglich wieder 120.000 Liter auf Trockenmilch und Kasein zu verarbeiten und die Rückgabe von Magermilch an die Landwirtschaft, die im Mai auf 10% der angelieferten Milchmenge gedrosselt worden war, auf 27% zu erhöhen. In Zukunft will man größere Vorräte an Magermilchpulver halten, um Schwankungen bei der Rückgabe von Futtermilch an die Landwirtschaft auszugleichen. Bei gleichbleibender Menge Magermilch für die Schweinemast — Magermilch ist ein wichtiges

Eiweißfuttermittel – ließe sich rationeller füttern, die Fleischqualität heben und die Produktion jahreszeitlich besser verteilen.

Um den erhöhten Bedarf an *Butter* zu decken, mußten im März und April 492 t importiert und die Exporte (2 t) eingeschränkt werden (in den gleichen Monaten 1954 führte man noch 310 t *Butter* aus). Wohl konnte die Eigenerzeugung in den ersten Juniwochen den Bedarf decken, doch wird der saisonbedingte Rückgang der Produktion bei erhöhter Nachfrage geringfügige Importe auch im Juli und August notwendig machen. Produktion, Ein- und Ausfuhr von *Käse* haben sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig verändert. Der lebhaften inländischen Nachfrage nach *Käse* soll durch Einschränkung der Exporte und eine qualitative Verbesserung der Käsesorten entsprochen werden.

Die mit 30. Juni befristeten *Wirtschaftslenkungs- und Agrarfondsgesetze* wurden vom Nationalrat bis zum Jahresende verlängert. Von dem bereits ausgearbeiteten Landwirtschaftsgesetz, das die Fondsgesetze zusammenfassen und der Agrarproduktion einen erweiterten Schutz bringen sollte, mußte über Einspruch einiger westlicher Bundesländer Abstand genommen werden. Im Gesetzentwurf war eine teilweise Übertragung der den Ländern zustehenden landwirtschaftlichen Kompetenzen an den Bund vorgesehen.

Im Mai wurden 289.554 m³ Nadelschnittholz exportiert gegen 274.953 m³ im April 1955 und 315.356 m³ im Mai 1954. Das Exportvolumen an Schnittholz war in den ersten fünf Monaten mit 1'26 Mill. m³ ebenso hoch wie im Vorjahr. Vom Handelsministerium wurde kürzlich ein zweites Kontingent von 60.000 m³ Windwurfholz für den Export freigegeben (bisher insgesamt 120.000 m³). Die österreichische Papierindustrie wird heuer größere Mengen Schleifholz aus Finnland beziehen; die ersten Importe werden anfangs Juli erwartet.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Obwohl die Wirtschaft weit mehr Energie verbraucht als im Vorjahr, kann der Bedarf reibungslos gedeckt werden. Für den Winter wird den Verbrauchern eine rechtzeitige Bevorratung mit *Kohle* empfohlen. Im Sommer sind in den ausländischen Revieren höhere Kontingente leichter erhältlich, später befürchtet man Bezugsschwierigkeiten. Bisher dürften allerdings kaum größere Lager gebildet worden sein. Die Industrie hat ihre Kohlenbezüge kaum nennenswert erhöht. Sie bezog zwar in den Monaten April und Mai um 11% mehr als im Vorjahr. Die Produktion in den energieintensiven Industrien ist

aber weit stärker gestiegen. Die Hausbrandbezieher kauften in den gleichen Monaten um 51% mehr *Kohle*; ein erheblicher Teil dieses Mehrbezuges ist vermutlich nicht auf Einlagerungen, sondern auf das ungewöhnlich kalte Wetter zurückzuführen.

Erheblich (um 38%) mehr *Kohle* kauften die Bahnen, während die Dampfkraftwerke sogar (um 6%) weniger abnahmen. Auch die Gaswerke treiben eine vorsichtige Vorratspolitik. Sie benötigen derzeit trotz höherem Gasverbrauch weit weniger *Kohle* als vor dem Kriege, weil in Wien große Mengen Erdgas dem Koksgas beigemischt werden. Auf den Erdgasfeldern nördlich Wiens fallen pro Jahr annähernd 500 Mill. m³ Erdgas an. Die SMV gibt davon mehr als die Hälfte an Wien ab. Zum Teil wird es dem Stadtgas beigegeben, zum Teil in den Dampfkraftwerken verheizt. Der gesamte Gasverbrauch in Wien beträgt pro Jahr rund 480 Mill. m³. Mehr als die Hälfte des Bedarfes wird bereits mit Erdgas gedeckt. Schwierigkeiten ergeben sich nur wegen des hohen Heizwertes des Erdgases, der mit 10.000 Kal. je m³ doppelt so hoch ist wie der von Koksgas. Da die Geräte der Verbraucher auf Koksgas eingerichtet sind, kann Erdgas nicht rein oder nur mit Koksgas gemischt abgegeben werden. Das Gemisch muß vielmehr durch Beigabe von Wassergas, das einen sehr niedrigen Heizwert hat, den Erfordernissen der Geräte angepaßt werden.

Der gesamte Gasabsatz in Österreich ist im Jahr 1954 um 14% gestiegen und zeigt auch weiter eine steigende Tendenz. Die Verwendung von Gas für Heiz- und Kochzwecke bietet in den größeren Städten gegenüber der elektrischen Energie gewisse Vorteile. Vor allem für die Raumheizung stellt sich Gas viel billiger als Tagstrom. Außerdem sind die Leitungen nicht so überlastet wie das elektrische Netz.

Der inländische Braunkohlenbergbau mußte die Förderung im Mai saisonbedingt um 7% einschränken. Der Saisonrückschlag in den Sommermonaten konnte somit nicht ganz vermieden werden. Immerhin war die arbeitstägige Förderung noch um 11% höher als im gleichen Monat des Vorjahres.

Die Kohleneinfuhr war im Mai mit fast 400.000 t um 27% höher als im Mai 1954. In den letzten beiden Monaten sind die Steinkohlenimporte aus der Bundesrepublik stark zurückgegangen. Im Mai waren sie nur noch gleich hoch wie die Importe aus den USA. Zusammen mit den Lieferungen des inländischen Bergbaues standen der österreichischen Wirtschaft im Mai 642.626 t *Kohle* (SKB) zur Verfügung, um 21% mehr als im Mai 1954.

Die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke ist im Mai saisongemäß sprunghaft gestiegen. Mit 708 Mill. kWh lag sie um 14% über der des Vorjahres

und um 9% höher als bei durchschnittlicher Wasserführung zu erwarten gewesen wäre. Dementsprechend konnten die Dampfkraftwerke entlastet werden. Sie mußten nur 49 Mill. kWh oder 6% zur Gesamterzeugung von 757 Mill. kWh beitragen. Die Dampfkraftwerke haben im Mai ihre Lager von 75.000 t (SKB) auf 110.000 t erhöht. An Heizöl waren Ende Mai 8.400 t vorrätig.

Während die Stromausfuhr stark erhöht werden konnte und mit 182 Mill. kWh (24% der Gesamterzeugung) um 24% größer war als im Vorjahre, nahm die Stromeinfuhr weiter ab. Mit 6 Mill. kWh spielte sie, wie meist in den Sommermonaten, nur eine untergeordnete Rolle.

Der Stromverbrauch wächst nicht mehr so stark wie im Vorjahre, aber noch immer viel stärker als in Normalzeiten. Aus dem öffentlichen Netz wurde im Durchschnitt Jänner bis Mai um 13% mehr Strom an inländische Verbraucher abgegeben als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Auch der Verbrauch aus Eigenanlagen nimmt ständig zu. Von Jänner bis April wurden heuer insgesamt 723 Mill. kWh aus Eigenanlagen (Industrie und Bundesbahn) verbraucht, um 17% mehr als ein Jahr vorher.

Die Nachfrage nach Benzin und Dieselöl liegt weiter beträchtlich über der des Vorjahres. Im April und Mai wurde um 19% und 38% mehr Benzin und um 35% und 21% mehr Dieselöl abgesetzt als in den gleichen Monaten des Vorjahres.

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Die Belebung der Industrieproduktion im Zeitraum März–April war schwächer als saisonüblich. Der saisonbereinigte Produktionsindex ging daher von Februar auf März um 0,6% und von März auf April um 0,7% zurück. Diese Entwicklung läßt jedoch nicht auf ein Abklingen der Hochkonjunktur schließen. Die Produktion nahm nur deshalb weniger zu, weil viele Investitionsgüterindustrien bereits an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. In diesen Betrieben ist die Nachfrage größer als die Lieferfähigkeit. Selbst eine geringe zusätzliche Produktionssteigerung läßt sich dort nur schwer erzielen, insbesondere da lange Lieferfristen für Maschinen und bauliche Arbeiten die beabsichtigten Investitionen zur Vergrößerung der Kapazität und Leistungsfähigkeit verzögern.

Dennoch erreichte die Erzeugung von Investitionsgütern im April mit 291 (1937 = 100) den bisher höchsten Stand. Das gesamte Produktionsvolumen in den nächsten Monaten weiter zu erhöhen, wird

nicht nur aus den genannten Gründen schwierig sein, sondern auch weil einige Konsumgüterindustrien, die einen größeren Spielraum für Produktionssteigerungen frei hätten, Mühe haben, selbst ihr derzeitiges Produktionsniveau zu halten. Insbesondere die Textilindustrie klagt immer stärker über die seit der Liberalisierung zunehmende Importkonkurrenz.

Die angekündigte Drosselung der Konsumkredite wird zwar den Absatz der traditionellen Konsumgüter kaum beeinträchtigen, da sie vor allem die Anschaffung von dauerhaften Gütern trifft, die ohnehin vorwiegend importiert werden. Andererseits darf aber auch nicht erwartet werden, daß ein etwaiger Rückgang des Konsums an dauerhaften Gütern den Umsatz von kurzlebigen Konsumgütern entscheidend heben wird.

In zwei Sektoren der Wirtschaft verhindert die Überkonjunktur bereits einen reibungslosen Arbeitsgang: In der Bauwirtschaft und in der Eisenindustrie. Die Bauwirtschaft wird dadurch vielfach gezwungen unrationell zu bauen. Baumaterialien und geschulte Arbeitskräfte sind knapp, die Lieferfristen für diese Jahreszeit ungewöhnlich lang, die Kosten verteuern sich stark, obwohl die Baustoffpreise trotz der Mengenkonjunktur nur vereinzelt angezogen haben.

Die eisenverarbeitende Industrie leidet immer mehr unter Vormaterialmangel. Die Lieferungen der heimischen Erzeugungsbetriebe decken den ständig steigenden Bedarf bei weitem nicht mehr. Da die meisten Verarbeiter keine nennenswerten Vorräte haben, erwägt man den Import von Walzmaterial, um den dringendsten Bedarf zu decken. Die Importpreise würden allerdings beträchtlich über den inländischen liegen und die Kosten der eisenverarbeitenden Industrie erhöhen.

Die meisten anderen wichtigen Rohstoffe und Vormaterialien stehen aus dem Inlande oder aus Importen reichlich zur Verfügung. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres lag der vom Institut berechnete Index der Importe von Industrierohstoffen um 40% höher als im Vorjahre, während die Industrieproduktion (bis April) um 18% höher war. Das Vorseilen der Importe gegenüber der Produktion ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß mit steigendem Bedarf die Importquote wächst, weil das inländische Aufkommen nicht mehr ausreicht. Die Importe nehmen auch deshalb stärker zu als Produktion und Verbrauch, weil die Unternehmer bei steigender Produktion auch größere (Rohstoff-) Lager halten. Spekulative Lagerkäufe, also eine Erhöhung der Lager im Verhältnis zum laufenden Verbrauch, sind bisher nur vereinzelt beobachtet worden.

Die Exportquote der Industrieproduktion geht seit dem Beginn der Hochkonjunktur zurück. Da die Konjunkturbelebung im Frühjahr 1953 vom Export ausgegangen war, während der heimische Markt vorerst noch stagniert hatte, war die Exportquote damals ungewöhnlich stark gestiegen und erreichte im I. Quartal 1954 mit über 30% den bisher höchsten Wert. Seither ging sie allmählich zurück. Im Jänner betrug sie noch fast 28%, im Quartalsdurchschnitt 27% und im April nur mehr knapp 26%. Im Durchschnitt Jänner bis Mai war das Exportvolumen nur mehr um 7%, im Mai um 6% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die meisten exportorientierten Zweige sind voll ausgelastet und könnten die Ausfuhr nur auf Kosten des heimischen Marktes steigern; die inländischen Verbraucher drängen dagegen vielfach sogar auf Exporteinschränkungen. In Sektoren mit freien Kapazitäten, wie etwa in der Textilindustrie, gehen die Exportaufträge vielfach zurück, so daß nicht einmal das bisherige Exportvolumen gehalten werden kann. Es wird daher besonderer Anstrengungen bedürfen, das Passivum der Handelsbilanz durch zusätzliche Exporte zu entlasten.

Auch der Produktivitätsfortschritt wird allmählich schwächer. In letzter Zeit mußten in steigendem Maße weniger geschulte Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Innerbetriebliche Engpässe wirken sich immer stärker aus und selbst nur kurzfristige Störungen des Produktionsablaufes durch unregelmäßige Anlieferung des notwendigen Materials u. a. m. setzen die Leistung der Betriebe herab. Die unverändert hohe Investitionsrate der Industrie, die überwiegend Rationalisierungsinvestitionen dient, läßt allerdings auch künftighin eine Erhöhung der Produktivität erwarten.

Die Expansionsmöglichkeiten der Bergbauproduktion sind weitgehend erschöpft. Dank hoher Nachfrage auch in der seasonschwachen Zeit kann der Kohlenbergbau die Förderung über dem Vorjahresniveau halten. Die Eisenerzförderung war in den Monaten März und April nur mehr gleich hoch wie im Vorjahr. Auch im Blei- und Kupferbergbau scheint die Grenze erreicht zu sein. Nur in den weniger wichtigen Bergbauzweigen konnte heuer die Vorjahresleistung noch nennenswert überboten werden. So z. B. im April bei Rohtalkum um 15% und Graphit um 31%. Die österreichische Graphitförderung, die zum größten Teil aus der Steiermark stammt (ein größerer niederösterreichischer Betrieb wird von der USIA verwaltet), deckt derzeit etwa 10% des Weltbedarfes. Die Ausfuhrquote der Vorkriegszeit konnte bisher noch nicht ganz erreicht werden, weil die

früheren Hauptabnehmerländer (die Oststaaten) den größten Teil ihres Bedarfes aus anderen Gebieten decken. Seit kurzem werden erstmals Flotationsgraphite mit einem Kohlenstoffgehalt von 92% hergestellt. Eine neue Aufbereitungsanlage, die noch heuer fertig werden soll, wird sogar die Erzeugung von Konzentraten bis zu 99% Kohlenstoffgehalt erlauben. Die neuen hochwertigen Produkte werden dem Export, der unter scharfer Konkurrenz leidet, neuen Auftrieb geben.

Die *Magnesit*industrie produzierte von Jänner bis April um 15% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Es wurden um 23% mehr Rohmagnesit gefördert und um 21% und 11% mehr Sinter- und kaustisch gebrannter Magnesit erzeugt. Der Absatz an Magnesitziegeln und -platten, der im Vorjahr nachgelassen hatte, belebte sich wieder.

Die *eisenschaffende* Industrie wird allmählich, neben der Bauwirtschaft, zur Schlüsselstellung der gegenwärtigen Konjunktur. Obwohl sie die vorhandenen Anlagen und Rohstoffe restlos ausnutzt und in den ersten vier Monaten um 21% mehr erzeugte als vor einem Jahr, wird der Walzmaterialmangel immer stärker fühlbar.

Die Auftragseingänge spiegeln die tatsächliche Nachfrage zwar unrealistisch wider, da infolge des Verkäufermarktes viele „Sicherheitsaufträge“ erteilt werden, ihre Entwicklung veranschaulicht aber immerhin in groben Umrissen die Lage auf dem Eisenmarkt. Bis zur Mitte des Vorjahres hielten Auftragseingänge und Lieferungen der Kommerzeisenwerke einander annähernd die Waage. Die Auftragsbestände erreichten 117.000 t und ermöglichten es, die Walzwerke gut auszulasten. Im III. Quartal 1954 stiegen die Auftragsbestände langsam an, sie betragen am Quartalsende 125.000 t. Erst im letzten Quartal setzte der Boom auf dem heimischen Markt ein. Aufträge auf 189.000 t gingen ein, von denen nur 107.000 t ausgeliefert werden konnten. Die offenen Aufträge stiegen bis Ende Dezember auf 198.000 t, also innerhalb von drei Monaten um 58%. In den ersten vier Monaten dieses Jahres setzte sich diese Entwicklung verstärkt fort. Die einlaufenden Aufträge waren mit 314.000 t mehr als doppelt so hoch als die ausgelieferten Bestellungen (151.000 t). Die Auftragsbestände erreichten Anfang Mai mit 349.000 t einen noch nie erreichten Rekord. Die Lieferfristen bewegen sich je nach Sorte zwischen 9 bis 18 Monaten.

Die ständig steigende Produktion der eisenerzeugenden Werke und die kurzen Lieferfristen, die noch vor einem Jahr im Eisengeschäft üblich waren, hielt die meisten verarbeitenden Betriebe ab, sich größere Vorräte anzulegen; sie überwälzten das Risiko und

die Kosten der Lagerhaltung (wie vielfach auch in anderen Branchen) auf die erzeugende Industrie. Die steigende Nachfrage der seit Sommer des Vorjahres florierenden Investitionsgüterindustrien traf mit der internationalen Hausse auf dem Eisen- und Stahlmarkt zusammen und erlaubte es daher der eisen-schaffenden Industrie nicht — falls sie ihre Auslandsmärkte nicht verlieren wollte — den heimischen Markt auf Kosten des Exportes besser zu beliefern. Die Steigerung der Walzwarenerzeugung kam daher Inland und Export gleichermaßen zugute, reichte aber nicht aus, die stürmische Nachfrage zu decken. Die ungewöhnlich starke Baukonjunktur im heurigen Frühjahr verschärft den Engpaß. Die verarbeitende Industrie klagt vor allem darüber, daß die Bauvorhaben der öffentlichen Hand, deren Bedarf sehr hoch ist, vielfach bevorzugt beliefert würden und dadurch gewisse Walzmaterialsorten für die übrige Industrie nicht zur Verfügung ständen.

Die gesamte Walzwarenerzeugung war in den ersten vier Monaten 1955 um 22% größer als im Vorjahre. Die Produktion einzelner Sorten nahm wie folgt zu: Stabstahl 29%, Bandstahl 30%, Walzdraht 23%, Mittelbleche 132% und Feinbleche 38%. Grobbleche, Eisenbahnoberbaustoffe und Formstahl wurden um 2%, 5% und 31% weniger erzeugt.

Der internationale Eisen- und Stahlmarkt konsolidiert sich allmählich. Die Auftragsengänge ermöglichen zwar die Kapazitäten weiter auszulasten, die Lieferfristen, die noch vor wenigen Monaten sehr lang waren, gehen aber langsam zurück. Auch die überhitzte Preiskonjunktur ist abgebrochen. Vielfach wurden die Preise etwas zurückgenommen. Trotzdem sieht man in dieser Entwicklung nicht die Anzeichen einer beginnenden Depression, sondern glaubt, daß sich der Markt für längere Zeit auf hohem Niveau stabilisieren wird.

Der Index der *Metallhütten* war im April um 4% und im Durchschnitt der ersten vier Monate um 25% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. In allen Sparten wird die Kapazität voll ausgenützt.

Nach mehrjähriger Bauzeit ist die Zinkelektrolyse in Kärnten fertig geworden und konnte teilweise zu arbeiten beginnen. Die Kapazität der Anlage beträgt 10.000 t pro Jahr. Sie wird vorläufig höchstens mit 60% ausgenützt werden können. Wahrscheinlich werden auch in Zukunft größere Mengen Hüttenzink importiert werden müssen, weil sich das in Gailitz gewonnene Feinzink für verschiedene Zwecke weniger eignet. Die im Inlande nicht absetzbaren Überschüsse sollen exportiert werden.

Die Metallwerke Plansee in Tirol haben eben ein neues Investitionsprogramm beschlossen, das die

Erzeugung von hochwertigen seltenen Metallen steigern und rationalisieren will. Der Betrieb, der annähernd 900 Arbeitskräfte beschäftigt, exportiert 75% seiner Produktion.

In der *Gießereiindustrie* liegt die Produktion in allen Sparten weit über der des Vorjahres, scheint sich aber allmählich auf hohem Niveau zu stabilisieren. Die Erzeugung könnte zwar noch gesteigert werden, doch nehmen die Aufträge nicht mehr zu, weil die Kunden der Gießereiindustrie, vor allem die Maschinenindustrie, entweder an die Kapazitätsgrenze stoßen oder wegen Materialmangel nicht mehr produzieren können.

Die *Fahrzeugindustrie* steigert ihre Erzeugung von Monat zu Monat auf neue Rekordhöhen. Im April stieg ihr Index neuerlich um 2% und war damit um 46% höher als im April 1954. Mit 953 assemblierten Personenwagen wurden alle bisherigen Stückzahlen weit übertroffen. Auch die Einfuhr bleibt unverändert hoch. Im April und Mai wurden noch immer 5.858 und 6.030 Personenkraftwagen importiert, während man allgemein angenommen hatte, daß die Einfuhr allmählich wieder nachlassen werde. Die Drosselung der Konsumkredite könnte allerdings die Nachfrage nach Personenautos stärker einschränken, weil die meisten Anschaffungen durch Kredite finanziert wurden.

Die *Maschinenindustrie* produzierte im Durchschnitt der ersten vier Monate zwar noch um 28% mehr als im Vorjahr, seit Februar blieb die Erzeugung jedoch annähernd stabil. Die Industrie klagt, daß der Material- und teilweise auch der Arbeitskräftemangel jene Zweige, die noch Kapazitäten frei hätten, hindere, ihre Chancen wahrzunehmen. Aber auch die voll ausgelasteten Betriebe wären infolge unzureichender und unregelmäßiger Lieferung der Vorprodukte vielfach zu unrationeller Erzeugung gezwungen. Diese Störungen und die inzwischen gewährte Lohnerhöhung hätten die Erfolge der Rationalisierungsmaßnahmen zum größten Teil aufgezehrt. Auf den Exportmärkten wird die Konkurrenz immer stärker. Die Lieferfristen ausländischer Anbieter, die bisher meist viel länger waren als jene der österreichischen Betriebe, werden wieder kürzer und entziehen damit der heimischen Industrie den wichtigsten Trumpf. Da sie außerdem viel kapitalschwächer ist als ihre ausländischen Konkurrenten und vor allem die in den unterentwickelten Gebieten meist verlangten ungewöhnlich langen Zahlungsziele nicht gewähren kann, kommt sie oft auch mit konkurrenzfähigen Preisen ins Hintertreffen.

Der Produktionsindex der *Elektroindustrie* war im April nur mehr um 3% höher als im gleichen

Monat des Vorjahres, während er im Durchschnitt der ersten vier Monate noch um 18% höher war. Auch in diesem Zweig scheinen die Auftriebskräfte nachzulassen. Die Produktion stößt ebenfalls an die durch Kapazität, Material und Arbeitskräfte gezogene Grenze. Allerdings ist die Lage nicht in allen Sparten gleich. Einige saisonabhängige Sparten und andere mit notorischer Überkapazität sind derzeit nicht voll beschäftigt.

In *Bauwirtschaft* und *Baustoffindustrie* hat sich der Markt wider Erwarten bis Jahresmitte nicht beruhigt. Nach dem verspäteten Start der Bausaison sind zwar viele „Sicherheitsbestellungen“ wieder storniert worden. Dafür gingen aber Neubestellungen in gleichem Umfang ein, so daß die Lieferfristen nicht kürzer wurden. Am ärgsten wird der Mangel an Zement, Ziegeln und Baueisen empfunden. Diese Baumaterialien sind erst nach vielen Wochen erhältlich. Die Bauwirtschaft befürchtet, daß sie die verfügte Einschränkung der öffentlichen Bautätigkeit zu einem Zeitpunkt treffen wird, in dem die Nachfrage ohnehin nachläßt. Der Rückschlag im Herbst und Winter könnte dann ungewöhnlich stark werden.

Der Produktionsindex der Baustoffindustrie war im Durchschnitt des ersten Trimesters um 23% höher als im Vorjahr. Besonders die Zementproduktion ist stark gestiegen. Die Steinzeugindustrie hat durch Investitionen ihre Kapazität um mehr als die Hälfte ausgeweitet und kann der Nachfrage mit zwei- bis dreiwöchigen Lieferfristen entsprechen. Die Gipsindustrie kann den Bedarf decken. Sie erlitt heuer beträchtliche Exportausfälle, weil die Bestellungen aus den Oststaaten ausblieben.

Besonders stark gestiegen ist die Nachfrage nach Leichtbauplatten, die zumeist aus Holzwole, sowie Magnesit, Zement oder Zellulosederivaten hergestellt werden und wegen ihres hohen Wärme- und Schalldämmungsvermögens immer mehr verwendet werden. In den ersten vier Monaten 1955 war die Produktion um 34% größer als zur gleichen Vorjahreszeit. Etwa 15% der Produktion werden exportiert. Der Auslandsnachfrage kann allerdings wegen des hohen Inlandsbedarfes bei weitem nicht entsprochen werden.

In der *holzverarbeitenden* Industrie hat sich die Holzversorgung seit dem Ende des Vorjahres erheblich gebessert. Die von der Bauwirtschaft abhängigen Sparten sind ausgezeichnet beschäftigt. Auch in der Möbelindustrie hält die Konjunktur an. Die Kapazität ist allerdings noch nicht voll ausgelastet. Es werden noch immer überwiegend Rundbaumöbel nachgefragt. Die moderne, zweckmäßige Linie setzt sich nur langsam durch und hat erst einen geringen Anteil an der Gesamtproduktion.

Der Produktionsindex der *chemischen* Industrie war im Durchschnitt Jänner bis April um 15% höher als im Vorjahre. In vielen Sparten, vor allem in der Grundchemie, sind die Kapazitätsgrenzen erreicht. Das gesamte Produktionsvolumen steigt aber noch immer, weil laufend neue Produktionen aufgenommen oder vorhandene Anlagen vergrößert werden.

In der Kokerei Linz werden derzeit die Kriegsschäden an der letzten (achten) noch stillliegenden Koksbatte behoben. Sie wird noch heuer in Betrieb gesetzt werden. Gleichzeitig soll die Kokerei für die Erzeugung von Pechkoks, dem Grundmaterial für die Elektrodenherstellung, eingerichtet werden. Die größten Verbraucher von Elektroden sind die Aluminiumhütten.

Die Konjunktur in der *Papierindustrie* hält unvermindert an. Der Produktionsindex war in den ersten vier Monaten um 12% höher als im Vorjahre. Seit geraumer Zeit zeigt auch der Inlandsabsatz an Papier und Pappe steigende Tendenz. Die papierverarbeitende Industrie meldet eine ausgezeichnete Nachfrage und kauft daher mehr Vormaterial.

Am ungünstigsten von allen Industriezweigen entwickelt sich die Produktion in der *Textilindustrie*. Ihr Index lag im Durchschnitt Jänner bis April nur um 8% höher als im Vorjahr. Die Exportkonjunktur für Zellwollgarne und -gewebe ist stark abgeflaut und die Erzeugung dieser Artikel heuer um 9% und 16% geringer gewesen als noch vor einem Jahr. Etwas belebt hat sich die Nachfrage in der Baumwollindustrie. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes des Institutes blieb die Gesamtnachfrage nach Textilartikeln bis Jahresmitte verhältnismäßig flau und läßt daher in absehbarer Zeit kaum eine stärkere Expansion der Textilproduktion — für die genügend Kapazität und Arbeitskräfte vorhanden wären — erwarten.

Die *Schuhindustrie* kommt seit Jahresbeginn besser ins Geschäft. In den ersten vier Monaten war ihre Produktion an Lederschuhen um 22% größer als vor einem Jahr. Die Nachfrage der Konsumenten richtet sich vor allem auf modisches Schuhwerk, während Arbeitsschuhe oder Kinderschuhe weniger gefragt sind. Für die Erzeugerfirmen bedeutet das eine starke Kostenbelastung, weil die Produktion öfter umgestellt werden muß, kleinere Serien erzeugt werden und der Handel entsprechend kurzfristiger disponiert und das Lagerrisiko immer mehr auf die Industrie überwälzt.

Die *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* sowie die *Tabakindustrie* produzierten von Jänner bis April um 9% und 7% mehr als vor Jahresfrist. Der Absatz an Tabakwaren erholt sich allmählich von dem anhaltenden Rückschlag seit der letzten Preiserhöhung zu Anfang 1954.

Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Der Einzelhandel verkaufte im Mai saisonbedingt um 5% weniger als im April. Im Jahre 1954 hatte der Umsatzrückgang 10% und i. J. 1953 1% betragen¹⁾. Mengenmäßig wurden die Umsätze vom Vorjahr um 14% überschritten, gegen nur 7% in den Monaten Februar bis April. Allerdings war der Geschäftsgang im Mai 1954 infolge des späten Pfingsttermins und wegen des ungünstigen Wetters besonders schwach.

Die dritte Etappe des Nachziehverfahrens und die Gehaltsvorrückungen der Bundesbediensteten, zahlreiche Erhöhungen der Angestelltegehälter, die in jüngster Zeit wieder stärker werdende lohnpolitische Aktivität der Arbeitergewerkschaften — besonders ins Gewicht fallen die Lohnerhöhungen in der Eisen- und Metallindustrie — sowie nicht zuletzt die immer noch anhaltende Zunahme der Beschäftigung geben dem privaten Verbrauch neue Impulse. Auch die Besatzungstruppen decken sich vielfach noch mit Konsumgütern ein (insbesondere mit Textilien, Schuhen, Uhren und Schmuckwaren), bevor sie Österreich verlassen. Andererseits hat der Ausverkauf in den USA-Läden den Absatz einzelner Firmen und Waren (insbesondere Teppiche) fühlbar beeinträchtigt. Auch die Beschränkung der Konsumkredite wird die Nachfrage vor allem nach dauerhaften Konsumgütern etwas dämpfen.

Laut Konjunkturtest des Einzelhandels sind im Mai Wareneingänge und Bestellungen fast durchwegs zurückgegangen, da die Umsätze von Mai bis August vorwiegend sinken und der Einzelhandel meist ausreichende und teilweise sogar überhöhte Lager hatte. Nur in Branchen, deren Absatz sich in der Regel gerade in den Sommermonaten belebt (Photoartikel, Heimtextilien, Möbel, Hausrat), oder mit geringen Lagerbeständen nahmen Wareneingänge bzw. Bestellungen zu. Auch Parfumerie- und Drogeriewaren wurden mehr eingekauft und bestellt als im Vormonat, da die steigende Preistendenz eine größere Lagerhaltung nahelegte.

Die Einkaufsdispositionen des Großhandels waren im Mai sehr unterschiedlich. In Branchen, in denen das Warenangebot relativ knapp ist oder Preissteigerungen erwartet werden (Baustoffe, Eisen- und Stahlhalbfabrikate, Eisen- und Metallwaren, Geschirr, Haus- und Küchengeräte, Drogerie- und Parfumeriewaren) sind Wareneingänge und Bestellungen kräftig gestiegen, zumal da die Lager vielfach zu klein waren.

¹⁾ Beim Vergleich mit den Vorjahren ist zu berücksichtigen, daß Pfingsten heuer und im Jahre 1953 im Mai, im Jahre 1954 aber erst im Juni war.

Bei den meisten übrigen Warengruppen nahmen Einkäufe und Vorausbestellungen saisongemäß ab. Die Kreditverteuerung und die Beschränkung der Lagerkredite hatten die Lagerhaltung des Großhandels im Mai noch nicht beeinflusst. Die Lager sind vielfach gestiegen (Felle und Häute, Papier- und Papierwaren, Holz, Geschirr, Haus- und Küchengeräte) oder aber unverändert geblieben.

Die einzelnen Betriebsformen und Branchen schnitten im Mai sehr ungleich ab. Dank der lebhafteren Nachfrage nach Bekleidung und Hausrat nahmen die Umsätze der Warenhäuser um 4% zu (1953: + 7%, 1954: - 11%). Dagegen sanken infolge geringerer Lebensmittelkäufe die Umsätze der Konsumentgenossenschaften um 9% (1953: - 6%; 1954: - 12%) und die des Fachhandels um 5% (1953: - 1%; 1954: - 9%).

Der Geschäftsgang des *Lebensmitteleinzelhandels* war übersaisonmäßig schwach. Die Umsätze nahmen um 9% ab, während sie im Mai 1953 nur um 3% und im Mai 1954 trotz des späteren Pfingsttermins um 12% gesunken waren. Infolge des relativ günstigen Wetters vor Pfingsten gaben die Verbraucher mehr für Ausflüge und Reisen aus und kauften weniger Lebensmittel im Einzelhandel. Außerdem wurde ein Teil der Käufe für Mai schon im April getätigt, da der 1. Mai auf einen Sonntag fiel. Die Umsätze von Mai 1954 wurden wertmäßig um 11%, mengenmäßig (dank der Verbilligung von Reis, Öl, Zucker, Kaffee) um 13% übertroffen.

Auch *Schuhe* wurden um 4% weniger gekauft als im Vormonat, der Rückgang war aber geringer als in anderen Jahren (10 bis 14%). Die Umsätze des Vorjahres wurden wert- und mengenmäßig um etwa 30% überschritten (von Jänner bis April um durchschnittlich 9%). Dieser starke Zuwachs gegenüber dem Vorjahr ist abgesehen von der Verschiebung des Pfingstgeschäftes vor allem auf die ständig steigende Nachfrage nach modischen Schuhen zurückzuführen, die durch das vielfältige Angebot immer neue Impulse erhält. Diese Entwicklung kommt hauptsächlich den mittleren und größeren Betrieben zugute, die in der Lage sind, ein reichhaltiges Warensortiment zu halten und allen Kundenwünschen zu entsprechen.

Die Umsätze von *Papierwaren* sanken um 4% (in den Jahren 1952 bis 1954 um durchschnittlich 15%) und waren um 40% höher als im Vorjahr. Auch der *Buchhandel* meldete um 3% geringere Umsätze als im April, aber um 22% höhere als im Vorjahr (von Jänner bis April nur um durchschnittlich 16%).

In allen anderen (erfaßten) Einzelhandelsbranchen hat sich der Geschäftsgang von April auf Mai

belebt. Muttertag, Pfingsten und der lebhafteste Reiseverkehr ließen die Verkäufe von *Textilien* im Mai um 5% steigen (1953: + 4%, 1954: + 1%). Relativ gut schnitten die Geschäfte mit Meterware und gemischtem Sortiment ab, während der Handel mit Oberbekleidung, Wäsche, Wirk- und Strickwaren im Durchschnitt weniger verkaufte als im April. Die Umsätze des Vorjahres wurden wert- und mengenmäßig um 8% überschritten (von Februar bis April nur um durchschnittlich 1%). Der Zuwachs war in den Geschäften mit gemischtem Sortiment weitaus höher als in den verschiedenen Textilspezialgeschäften. Das erklärt sich zum Teil damit, daß die Nachfrage in Wien, wo die Spezialgeschäfte überwiegen, weniger zugenommen hat als in den Bundesländern, in denen der gemischte Geschäftstyp vorherrscht.

Im Gegensatz zu den Vormonaten war der Absatz von *Möbeln und Wohnbedarf* wieder übersaisonnäßig lebhaft. Die Umsätze von Möbeln, Teppichen und Gardinen übertrafen geringfügig die vom April, während sie i. J. 1953 um 1% und 1954 um 6% geringer waren. Die Verkäufe von Hausrat, Glas und Porzellan stiegen sogar um 17% (1953: + 6%, 1954: - 11%). In beiden Warengruppen zusammen waren die Umsätze wertmäßig um 17% und mengenmäßig um 13% höher als im Vorjahr (im März und April um 3% niedriger). Die sich abzeichnende neue „Hausratswelle“ könnte allerdings durch die Beschränkung der Konsumkredite gedämpft werden.

Die Käufe von *Tabakwaren*, die sonst gewöhnlich im Mai sinken (1953 um 2%, 1954 um 4%), nahmen heuer um 1% zu. Sie waren dadurch wert- und mengenmäßig um 10% höher als im Vorjahr (im März und April nur um durchschnittlich 5%).

In der Gruppe „*Sonstiges*“ waren die Umsätze im ganzen etwa gleich hoch wie im Vormonat. Die Zunahme der Umsätze von Lederwaren (+ 5%) sowie Parfumerie- und Drogeriewaren (+ 3%) wurde durch den Rückgang der übrigen (Papierwaren, Bücher, Spielwaren u. a.) größtenteils ausgeglichen. Der Geschäftsgang war zwar besser als im Vorjahr (- 12%), aber schwächer als i. J. 1953 (+ 7%). Das Umsatzvolumen von Mai 1954 wurde um etwa 26% übertroffen.

Das Bruttoaufkommen an *Umsatzsteuer* (einschließlich Rückvergütung) nahm im Mai um 6% auf 529 Mill. S zu und war um 17% höher als im Vorjahr. Demgegenüber sank der Nettoertrag infolge einer starken Zunahme der Rückvergütungen um 6%; er war aber noch immer um 15% höher als im Vorjahr.

An *Verbrauchssteuern* gingen im Mai 176 Mill. S ein, um 3% mehr als im Vormonat, aber nur knapp

soviel wie im Mai 1954. (In den ersten vier Monaten 1955 waren die Einnahmen um durchschnittlich 11% höher als im Vorjahr.) Im Mai wirkte sich erstmalig die Aufhebung der acht Verbrauchssteuern aus. Gegenüber April hat sich nur der Ertrag der Mineralölsteuer infolge des wachsenden Verkehrs um 16% erhöht. Im Vergleich zum Vorjahr hat neben der Mineralölsteuer (+ 19%) auch die Weinsteuer einschließlich Weinverbrauchsabgabe mehr eingebracht (+ 13%). Der Ertrag der übrigen Verbrauchssteuern war durchwegs geringer.

Ab 31. Mai 1955 wurde die *Weinverbrauchsabgabe* aufgehoben und damit ein kleiner Teil der Forderungen der Weinproduzenten und -händler nach Verminderung der steuerlichen Belastung des Weines erfüllt¹⁾. Die Weinverbrauchsabgabe betrug 2% des Verbraucherpreises von Wein (abzüglich Getränkesteuer und Weinverbrauchsabgabe) und brachte in den Jahren 1952 bis 1954 jährlich 21 bis 23 Mill. S ein. Für 1955 war der Ertrag mit 20 Mill. S veranschlagt. Die Aufhebung der Weinverbrauchsabgabe könnte die Detailpreise für Wein daher nur um etwa 1,8% verbilligen. Allerdings sind die Weinpreise dank der guten Weinernte 1954 in letzter Zeit stärker zurückgegangen.

Der Ertrag der Weinverbrauchsabgabe hat immer etwas enttäuscht. Als sie am 1. Februar 1951 eingeführt wurde, hoffte man, daß sie den Einnahmeausfall, der durch die Ermäßigung der Weinsteuer einschließlich Aufbauszuschlages von 100 auf 50 S je hl zu erwarten war, größtenteils ausgleichen wird. Tatsächlich brachte sie aber nur etwa die Hälfte der Einnahmen an Weinsteuer ein. Der Gesamtertrag der Weinsteuern ging dadurch von 79 Mill. S i. J. 1950 auf 59 bis 68 Mill. S in den folgenden Jahren zurück.

Eingänge an Weinsteuer

	1950	1951	1952	1953	1954 ²⁾
	Mill. S				
Weinsteuer ²⁾	79'1	45'7	41'3	38'7	45'0
Weinverbrauchsabgabe	—	13'4	20'6	22'3	23'3
Zusammen	79'1	59'1	61'9	61'0	68'3

¹⁾ Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Bis 1951 einschließlich Aufbauszuschlag.

In den ersten sieben Monaten des laufenden Zuckerwirtschaftsjahres (vom 1. November 1954 bis 31. Mai 1955) wurden nach vorläufigen Angaben 98.500 t Zucker abgesetzt, um rund 5.000 t oder 6% mehr als vor einem Jahr. Trotzdem rechnet man bis

¹⁾ Die Belastung des Verbraucherpreises von Wein mit indirekten Steuern (Umsatzsteuer, Weinsteuer, Weinverbrauchsabgabe und Getränkesteuer) belief sich bisher nach Berechnungen des Institutes auf 22 bis 24%. (Siehe Beilage Nr. 26 zu den Monatsberichten „Die Belastung der Lebenshaltungskosten mit indirekten Steuern“, Mai 1954.)

Ende Oktober mit einem Zuckerüberschuß von 35.000 bis 40.000 t, da aus dem Vorjahr noch ein Vorrat von rund 25.000 t übernommen wurde, die letzte Zuckerkampagne einen Rekordertrag (190.000 t gegen 161.000 t im Vorjahr) erbrachte, Sperrlager aufgelöst wurden und Rohzucker aus handelspolitischen Gründen eingeführt werden mußte.

Um diese Vorräte abzubauen, hat die Zuckerindustrie die Ausfuhr von 20.000 t (10.000 t fix und 10.000 t auf Rückgabe bei Bedarf) beantragt. Im Rahmen des bewilligten Kontingents von 10.000 t wurde mit einer westdeutschen Firma ein Geschäft über die Lieferung von 7.900 t Zucker nach Ungarn zu einem Fabriksabgabepreis von 2'78 S je kg (im Inland 3'35 S je kg) abgeschlossen. 840 t wurden bereits geliefert. Da man jedoch feststellte, daß der Zucker an die USIA reexportiert wurde, hat das Handelsministerium die Exportbewilligung wieder zurückgezogen. Auf Drängen der Konsumentenvertreter sollen die für den Export noch vorgesehenen 7.060 t zu einem um 1 S verbilligten Verbraucherpreis (S 5'20 statt 6'20 je kg) abgegeben werden. Eine geregelte Abgabe von 1 kg je Kopf im Wege von Berechtigungsscheinen stößt jedoch auf große verwaltungstechnische Schwierigkeiten, da der Bewirtschaftungsapparat nicht mehr besteht.

Der forcierte Abbau der Zuckervorräte scheint im gegenwärtigen Zeitpunkt noch etwas verfrüht. Abgesehen davon, daß der Ertrag der nächsten Zuckerkampagne noch ganz ungewiß ist, dürfte die Liquidierung der USIA-Läden den legalen Zuckerabsatz stark erhöhen. Fachleute schätzen, daß die USIA-Läden im Durchschnitt mindestens 2.000 t Zucker monatlich verkauft haben. Allein im Monat Mai, als die USIA-Läden nachweislich keinen Zucker hatten, war der Zuckerabsatz um 2.300 t höher als im Vorjahr. Außerdem dürfte der Verbrauch von Zucker und Süßwaren mit steigendem Einkommen weiter zunehmen. Verglichen mit den hohen Verlusten durch den Export zu Dumping-Preisen dürften auch die Lagerkosten kaum ins Gewicht fallen¹⁾.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Wiewohl sich die konjunkturdämpfenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen noch nicht ausgewirkt haben können, wurden im Juni relativ wenig Arbeitskräfte der Wirtschaft zugeführt. Im April und Mai war die Beschäftigung stärker gestiegen als vor einem

¹⁾ Da Zucker bis zum Großhandel immer noch bewirtschaftet ist, steht die Industrie auf dem Standpunkt, daß die Lagerkosten vom Bund getragen werden müssen.

Jahr, im Juni nahm sie um 22% weniger zu als im Juni 1954. Die Zahl der Stellensuchenden ging sogar nur um 10.700 zurück, d. i. halb so stark als vor einem Jahr. Die Expansion der Wirtschaft stößt vor allem in den konjunkturbegünstigten Zweigen, die gleichzeitig auch die Hauptträger der Saisonbewegung sind, in wachsendem Maße an die Grenzen, die ihr durch die noch freien Arbeitskraftreserven gesetzt sind.

Im Juni wurden nur 56% der Beschäftigungszunahme aus dem Arbeitslosenreservoir gedeckt, gegenüber 90% im Vorjahr. Die übrigen in den Arbeitsprozeß eingegliederten Arbeitskräfte sind neu zum Arbeitsmarkt gestoßen. Das *Arbeitskräfteangebot* (Stellensuchende + Beschäftigte), das schon im Mai bedeutend stärker gestiegen war als in früheren Jahren, erhöhte sich daher im Juni neuerlich um 8.400, gegen nur 2.400 im Juni 1954 und 6.300 im Juni 1951. Es hat mit 2.191.200 einen neuen Höchststand erreicht. Ende Mai — aufgegliederte Daten für Juni liegen noch nicht vor — gab es 1.425.200 männliche und 757.600 weibliche Arbeitskräfte (Beschäftigte und vorgemerkte Stellensuchende, ohne Lehrstellenbewerber), um 25.000 und 30.900 mehr als im Mai 1954. Das weibliche Arbeitskräfteangebot stieg um 4'2%, das männliche nur um 1'8%. Während die Zunahme des männlichen Arbeitskräfteangebotes fast zur Gänze auf schulentlassenen Jugendlichen beruhte, war bei den weiblichen Arbeitskräften der Zustrom von Erwachsenen größer als jener der Mädchen unter 18 Jahren.

Der Arbeitsmarkt im Mai und Juni

Jahr, Monat	Beschäftigte		Vorgemerkte Stellensuchende		Arbeitskräfteangebot	
	Veränderung gegenüber dem	Stand zu Monatsende	Veränderung gegenüber dem	Stand zu Monatsende	Veränderung gegenüber dem	Stand zu Monatsende
	Vor-monat	Monatsende	Vor-monat	Monatsende	Vor-monat	Monatsende
1950 V.	+22'8	1.957'9	-18'8	108'9	+ 4'0	2.066'8
VI.	+16'2	1.974'1	-10'1	98'8	+ 6'1	2.072'9
1951 V.	+26'6	1.995'6	-21'2	98'2	+ 5'4	2.093'8
VI.	+23'5	2.019'1	-17'2	80'9	+ 6'3	2.100'1
1952 V.	+31'6	1.975'9	-22'9	124'5	+ 8'7	2.100'4
VI.	+ 1'0	1.976'9	- 5'5	118'9	- 4'5	2.095'9
1953 V.	+29'1	1.939'1	-20'6	156'8	+ 8'5	2.095'9
VI.	+15'2	1.954'3	-13'6	143'1	+ 1'5	2.097'4
1954 V.	+49'2	1.984'4	-36'9	142'5	+12'3	2.126'9
VI.	+24'4	2.008'8	-22'0	120'5	+ 2'4	2.129'3
1955 V.	+52'4	2.095'6	-33'5	87'2	+18'9	2.182'8
VI. ¹⁾	+19'0	2.114'6	-10'7	76'6	+ 8'4	2.191'2

¹⁾ Vorläufige Zahlen.

Die Zahl der offenen Stellen bei den Arbeitsämtern ist nach der saisonbedingten Abnahme im Mai wieder — allerdings nur bei den Männern — leicht gestiegen. (Das war immer nur in guten Konjunkturjahren der Fall.) Vor allem der verstärkte Arbeitskräftebedarf der Bauwirtschaft erhöhte die Nachfrage. Das Stellenangebot hat daher im Juni mit 30.600 erstmals den Stand des Jahres 1950 überschrit-

ten; es liegt aber noch immer um 3.200 unter dem des Jahres 1951.

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg im Mai um 52.400 (2'6%) auf 2,095.600, im Juni um 19.000 (0'9%) auf 2,114.600. Die Abschwächung der Beschäftigungsausweitung im Juni gegenüber dem Vormonat war stärker als dem normalen Saisonverlauf entsprach. Die Juni-Zunahme erreichte heuer nur 36% der Mai-Zunahme, gegen ungefähr 50% in den Jahren 1954 und 1953 und sogar 88% i. J. 1951. Der Höchststand der Beschäftigung des Vorjahres wurde im Mai um 19.600, im Juni bereits um 38.600 oder fast 2% überschritten. Ende Mai gab es um 111.200, Ende Juni um 105.800 Beschäftigte mehr als vor einem Jahr. Der Abstand gegenüber dem Vorjahresniveau wird sich in den nächsten Monaten infolge der geringen Arbeitskraftreserven noch weiter vermindern.

Von Mai 1954 bis Mai 1955 fanden 64.100 männliche und 47.100 weibliche Arbeitskräfte zusätzliche Beschäftigung. Die Zahl der Stellensuchenden ging gleichzeitig bei den Männern um 39.000 (60'9% der Beschäftigungszunahme) und bei den Frauen um 16.200 (34'5% der Beschäftigungszunahme) zurück. In allen Bundesländern werden mehr Männer und Frauen beschäftigt als vor einem Jahr. Die Zunahme schwankt zwischen nur 4'4% in der Steiermark und 7'8% im Burgenland, das offenbar durch die gute Baukonjunktur besonders begünstigt wird. In Wien und Niederösterreich¹⁾ war die Ausweitung mit 6'0% nur etwas größer als im österreichischen Gesamtdurchschnitt von 5'6%. Auffallend ist die relativ starke Zunahme der Frauenbeschäftigung in diesen beiden Bundesländern und im Burgenland.

Die Beschäftigung nach Bundesländern Ende Mai

Bundesländer	Männer		Frauen		Zusammen	
	Stand Ende Mai 1955	Zunahme seit Mai 1954 %	Stand Ende Mai 1955	Zunahme seit Mai 1954 %	Stand Ende Mai 1955	Zunahme seit Mai 1954 %
Wien.....	633.400	+4'7	370.900	+ 8'2	1.004.300	+6'0
Niederösterr.}						
Steiermark....	221.000	+4'0	90.800	+ 5'4	311.800	+4'4
Kärnten.....	94.700	+4'8	34.900	+ 6'6	129.600	+5'3
Oberösterr....	219.200	+5'0	99.700	+ 5'3	319.000	+5'1
Salzburg.....	72.400	+4'5	35.800	+ 7'7	108.300	+5'5
Tirol.....	83.300	+5'6	39.200	+ 7'0	121.500	+6'0
Vorarlberg....	42.900	+7'9	25.400	+ 6'0	68.300	+7'2
Burgenland ...	25.000	+7'1	7.900	+10'0	32.900	+7'8
Österreich						
insgesamt	1,392.000	+4'8	703.600	+ 7'2	2,095.600	+5'6

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Die Land- und Forstwirtschaft nahm sowohl im April als auch im Mai mehr Arbeitskräfte auf als i. J. 1954. Die Minderbeschäftigung gegenüber dem

¹⁾ Diese beiden Länder müssen wegen der Abtretung der Wiener Randgemeinden zu Beginn dieses Jahres in Vergleichen mit früher zusammengefaßt werden.

Vorjahr, die im März mit 12.800 einen Höchstwert erreicht hatte, verringerte sich daher bis Ende Mai auf 10.200. Die Wachstumsverzögerung, die durch die kühle Witterung verursacht wurde, ermöglichte — wie aus dem Arbeitsmarktbericht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung hervorgeht²⁾ — eine bessere Verteilung der Arbeiten. Der Mangel an Wanderarbeitern konnte daher durch verstärkten Einsatz von ortsansässigen Arbeitskräften ausgeglichen werden. Die Zahl der stellensuchenden Landarbeiter (ohne Forstarbeiter) lag Ende Mai erstmals seit Oktober wieder unter dem Vorjahresstand.

Die Beschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft nahm im Mai noch ungefähr ebenso stark zu wie im Vorjahr; sie überschritt Ende Mai mit 1,622.500 den bisher höchsten Stand (1,600.700) im Oktober 1954 und betrug um 113.500 mehr als im Mai 1954. Auch die Bundesbahnen wiesen im April und Mai eine leichte Erhöhung ihres Personalstandes aus, haben jedoch Schwierigkeiten, geeignete Arbeitskräfte zu finden. Die übrigen Veränderungen waren unbedeutend.

Die Beschäftigung in 1.678 repräsentativen Betrieben nahm von Anfang April bis Anfang Mai um 1'2%, gegen 1'0% im Vorjahr zu. Auffallend sind die geringeren Neuaufnahmen in der Steinindustrie (4'2% gegen 8'6% im Vorjahr). Bedeutend mehr Arbeitskräfte stellten hingegen die Eisen- und Metallindustrie (0'8% gegen 0'4%) und die Holzindustrie (2'9% gegen 1'9%) ein; die Beschäftigungsausweitung hielt in diesen Branchen trotz des Arbeitermangels noch an.

Die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden* sank im Mai um 33.500 (27'7%) auf 87.200, im Juni um weitere 10.700 (12'2%) auf 76.600. Während die Abnahme im Mai nur um 10% niedriger war als im Vorjahr, war sie im Juni kaum halb so groß wie im Juni 1954. Der tiefste Stand der Stellensuchenden im September des Vorjahres wurde Ende Mai um 4.600, Ende Juni um 15.200 oder 16'6% unterschritten. Die Rate der Arbeitslosigkeit sank im Juni von 4'0% auf 3'5%, gegen 5'7% Ende Juni 1954 und 3'9% Ende Juni 1951. (Sie hatte im Tiefpunkt des Vorjahres 4'3% betragen.) Der Abstand gegenüber dem Vorjahresniveau wird sich in den nächsten Monaten voraussichtlich noch stärker vermindern als bei den Beschäftigten. Ende Mai gab es um 55.300, Ende Juni um 44.000 Stellensuchende weniger als vor einem Jahr.

²⁾ Dieser monatliche Arbeitsmarktbericht wird seit Jänner 1955 in den „Amtlichen Nachrichten“ des Bundesministeriums für soziale Verwaltung veröffentlicht.

Von Mai 1954 bis Mai 1955 sank die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt um 38,8%, bei den Männern um 54,0%, bei den Frauen um 23,1%. Der Rückgang erstreckte sich auf alle Berufsklassen. Er war mit mehr als 60% am stärksten bei den Bergarbeitern, Bauarbeitern und Forstarbeitern; relativ gering (nur 20 bis 30%) war er bei den Textilarbeitern, den kaufmännischen und Büroangestellten und am schwächsten bei den Hilfsarbeitern allgemeiner Art, den Reinigungsarbeitern (10%) sowie den graphischen Berufen (5%).

Noch stärker als die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden, nahm die der sofort voll Einsatzfähigen ab (d. s. die vorgemerkten Stellensuchenden, ohne die „im Beruf beschränkt Vermittlungsfähigen“ sowie einer geringen Zahl – 900 – von Stellensuchenden, die noch in Arbeit stehen). Die Zahl der voll einsatzfähigen Stellensuchenden sank in den konjunkturbegünstigten Berufen der Bauarbeiter und Bergarbeiter auf fast ein Fünftel der Vorjahreshöhe, bei den Forstarbeitern auf ein Viertel, den Holz- und Steinarbeitern auf etwas über 30% und den Metallarbeitern und Bekleidungsarbeitern auf ungefähr 40%. Noch deutlicher wird der tatsächliche Mangel an einsatzfähigen Arbeitskräften, wenn man nur die Männer berücksichtigt, da Frauen in diesen Berufen Männerarbeit vielfach nicht leisten können.

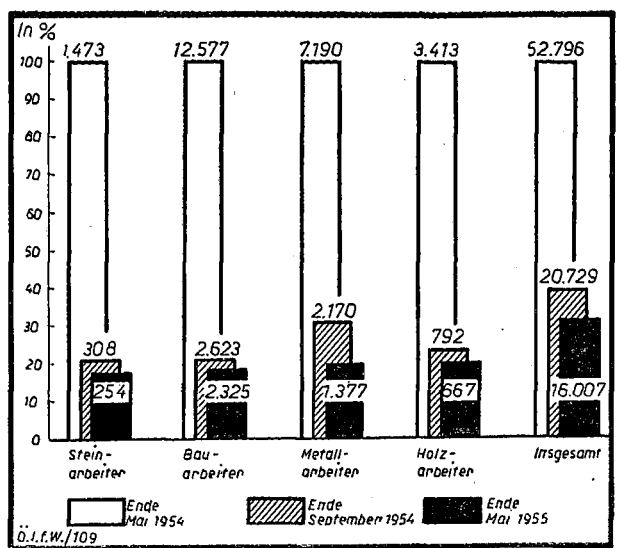
Vorgemerkte Stellensuchende und voll einsatzfähige Arbeitslose in einigen Berufsklassen Ende Mai

Berufsklassen	Vorgemerkte Stellensuchende			Voll einsatzfähige Arbeitslose		
	Ende Mai 1954	Ende Mai 1955	Rel. Abnahme seit Mai 1954 %	Mai 1954	Mai 1955	Rel. Abnahme seit Mai 1954 %
Techniker	1.313	684	-47'9	951	359	-62'3
Steinarbeiter	3.229	1.422	-56'0	2.565	880	-65'7
Bauarbeiter	18.485	6.614	-64'2	13.249	2.708	-79'6
Metallarbeiter	15.343	7.450	-51'4	12.635	5.131	-59'4
Holzarbeiter	5.456	2.248	-58'8	4.436	1.365	-69'2
Textilarbeiter	9.531	7.181	-24'7	8.463	5.948	-29'7
Bekleidungsarbeiter	12.893	5.733	-55'5	11.064	4.315	-61'0
Nahrungs- und Genussmittelarbeiter	4.916	3.680	-25'1	4.174	2.905	-30'4
Gaststättenarbeiter	7.328	5.642	-23'0	5.736	3.841	-33'0
Reinigungsarbeiter	5.090	4.570	-10'2	4.129	3.296	-20'2
Hauswirtschaftsarbeiter	2.842	2.070	-27'2	2.232	1.461	-34'5
Hilfsarbeiter allgemeiner Art ..	21.726	16.944	-22'0	15.184	10.759	-29'1
Männer	72.242	33.217	-54'0	52.796	16.007	-69'7
Frauen	70.239	53.997	-23'1	59.138	41.862	-29'2
Insgesamt ..	142.481	87.214	-38'8	111.934	57.869	-48'3

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung.

Nur noch in drei Berufsklassen, bei den Textil-, Papier- und Nahrungsmittelarbeitern, lag die Zahl der voll Einsatzfähigen Ende Mai noch etwas höher als im September des Vorjahres. Bei den Männern insgesamt war sie um 23% niedriger, bei den Frauen aber noch fast ebenso hoch.

Voll einsatzfähige männliche Arbeitslose in konjunkturbegünstigten Berufsklassen Ende Mai
(Normaler Maßstab)



Ende Mai waren mehr als drei Fünftel (61,9%) der Stellensuchenden Frauen, weniger als ein Fünftel (18,4%) bestand aus voll einsatzfähigen Männern. Damit wurden der weiteren Zunahme der Beschäftigung enge Grenzen gezogen, da in den konjunkturbegünstigten Wirtschaftszweigen vorwiegend Männer benötigt werden. Ende Mai gab es nur noch 254 Steinarbeiter, 2.325 Bauarbeiter, 1.377 Metallarbeiter und 667 Holzarbeiter, die voll einsatzfähig und ohne Arbeit waren. Während die Zahl der voll einsatzfähigen arbeitslosen Frauen seit Mai 1954 nur um 29,2% abgenommen hat und fast ebenso hoch war wie im September 1954, ist die der Männer seit Mai 1954 um 69,7% und seit September 1954 um 22,8% gesunken.

Die nunmehr vollständig vorliegenden Ergebnisse der Arbeitsmarktstatistik für Mai bestätigen das Bild, das bereits auf Grund der vorläufigen Meldungen im Vormonat gewonnen wurde. In den konjunkturbegünstigten Berufsklassen sank die Arbeitslosigkeit infolge der nur noch geringen Arbeitskraftreserven im allgemeinen weit weniger als im Vorjahr, in den nicht begünstigten hingegen – die überdies hauptsächlich Frauen beschäftigen und deshalb noch über größere Reserven verfügten – stärker.

Im Juni blieb – soweit schon Meldungen vorliegen – die Abnahme der Stellensuchenden in den konjunkturbegünstigten Berufen im Vergleich zum Vorjahr noch stärker zurück. Der Rückgang betrug bei den Bauarbeitern nur noch 1.924, gegen 6.064 im Juni 1954 (bei den Baufacharbeitern sogar nur noch 633 gegen 2.331). Die Abnahme bei den stellensuchenden Metall- und Holzarbeitern war ebenfalls um mehr als zwei Drittel geringer als im Juni 1954. Im Gegensatz zur Entwicklung im Mai war auch der Rückgang bei den gastgewerblichen Arbeitern und den Hilfsarbeitern wechselnder Art schwächer als im

Vorjahr und nur noch bei den Textilarbeitern etwas größer. Die Arbeitslosigkeit unter den Bekleidungsarbeitern nahm saisonbedingt zu.

Die Erwartung, daß infolge der zunehmenden Verknappung an männlichen Arbeitskräften die Zahl der weiblichen Stellensuchenden nunmehr ebenso wie in den Vormonaten stärker sinken würde als im Jahre 1954, hat sich im Juni nicht erfüllt. Der Rückgang der weiblichen Stellensuchenden erreichte aber immerhin 79% des Rückganges im Vorjahr, während jener der männlichen nur noch 36% betrug.

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Die Verkehrsleistungen im *Güterverkehr* der Bundesbahnen sind im Monat Mai saisonüblich gestiegen, obwohl er einen Arbeitstag weniger hatte. Die Zahl der monatlichen Wagenstellungen betrug 165.176 (+7·3%), je Arbeitstag wurden 6.882 (+4·6%) verwendet. Vor allem wurden mehr Baustoffe (Zement, Schotter, Sand, Ziegel usw.), Kohle, Koks, Magnesit, Salz und Soda versendet, dagegen weniger Stückgut, Sammelgut, Nahrungsmittel und Futtermittel. Gegenüber Mai 1954 war die Leistung in netto-*t-km* um 14%, und die Wagenstellungen um 7·3% höher. Es wurden insbesondere mehr Kohle und Baustoffe befördert. Die Wagenlage war befriedigend, nur in der letzten Maiwoche war der Wagenbedarf infolge betrieblicher Schwierigkeiten (Lokmangel) unzureichend gedeckt, so daß insbesondere die Großfirmen in Verladeschwierigkeiten gerieten.

Wagenstellungen nach Güterarten

(Voll- und Schmalspur)

	Mai 1955	Veränderung in % (+ bzw. -)		
		Monatsergebnis Vorjahr	gegen Vormonat	Arbeitstag gegen Vormonat
Insgesamt	165.176	+ 7·3	+ 0·4	+ 4·6
davon				
Kohle, Koks	22.023	+17·2	+ 1·5	+ 5·8
Holz	22.672	- 0·6	- 0·8	+ 3·4
Baustoffe	28.083	+12·1	+10·9	+15·5
Eisen	11.003	+ 5·1	- 2·2	+ 1·8
Papier	5.679	+ 6·7	- 4·2	± 0·0
Erze	7.180	+ 8·4	+ 3·8	+ 7·9
Kunstdünger	2.607	- 7·7	-42·8	-40·1
Nahrungsmittel	6.210	-33·1	-17·8	-14·2
Stückgut	26.388	+ 3·2	- 3·5	+ 0·6
Sammelgut	4.697	+ 8·8	- 5·0	- 1·0
Zuckerrüben	1	-	-	-
Andere	28.633	+25·4	+ 9·6	+14·2

Der *Personenverkehr* nahm von April auf Mai weniger als saisonüblich zu. Trotz den Pfingstfeiertagen (die im Vorjahr in den Juni fielen) wurden mit 5·35 Mill. Karten nur um 5·2%, und 4·3% mehr als im April 1955. bzw. Mai 1954 verkauft.

Im *Straßenverkehr* wurden von Bahn und Post im Überlandverkehr 7·6 Mill. Personen befördert,

7% mehr als im Vorjahr. Die Zunahme geht ebenfalls hauptsächlich auf den Pfingstverkehr zurück.

Das Tempo der Motorisierung nimmt weiter zu. Der Bestand an *Kraftfahrzeugen* betrug auf Grund einer vorläufigen Zwischenzählung Ende April 539.340 Einheiten. Er hat gegenüber Ende Oktober um 50.383, gegenüber April 1954 um 110.291 Stück zugenommen, d. s. um 10·3% bzw. 25·7% mehr. Die Zunahme war stärker als je zuvor. Gegenüber April 1954 wurden um 42·3% mehr Personenkraftwagen, um 26·9% mehr Zugmaschinen und Traktoren, um 14·8% mehr Lastkraftwagen und um 9·2% mehr Krafträder gezählt.

Bestand an Kraftfahrzeugen

	Ins- gesamt	PKW	LKW	Krad	Andere
IV. 1952	334.949	62.351	46.118	159.496	66.984
IV. 1953	373.451	68.522	46.681	180.666	77.582
IV. 1954	429.049	77.447	49.565	216.081	85.956
X. 1954	488.957	91.963	53.817	248.990	94.187
IV. 1955*)	539.340	110.244	56.918	271.799	100.379

Vorläufige Zahlen.

Der *Schiffsverkehr* auf der Donau war mit 237.119 *t* etwas schwächer als im April; 122.065 *t* entfielen auf DDSG und Comos. Im Verkehr mit den Südostländern wurden 53.147 *t* befördert, davon 43.192 *t* im Transit für oder aus Deutschland und nur 9.955 *t* im direkten Handel Österreichs.

Im *Flugverkehr* stieg die Zahl der beförderten Personen von 8.737 im April auf 13.284 im Mai; davon waren 1.904 Personen durchreisende Passagiere. Im Frachtverkehr (einschließlich Post) wurden 113.991 *kg* an- und abgeflogen, im Transit 47.941 *kg*.

Der *Fremdenverkehr* belebte sich im Mai saisonüblich. Die Gesamtzahl der Übernachtungen stieg auf 1·26 Mill. (um 18·6% mehr als i. J. 1954), davon jene der Ausländer auf 496.672 (+32·6%) und die der Inländer auf 766.742 (+11%). Im Grenzverkehr wurden 1·12 Mill. einreisende Ausländer gezählt, um 46·6% mehr als im Vorjahr. Die Deviseneinnahmen waren demgegenüber mit 100·1 Mill. S um 24·1% geringer als im Mai 1954. Da außerdem die Devisenausgaben um 10·6% auf 40·6 Mill. S stiegen, verminderte sich der Devisensaldo von 95·1 Mill. S auf 59·5 Mill. S, d. i. um 37·4%.

Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1954/55

Der Aufschwung des Fremdenverkehrs hielt im Winterhalbjahr 1954/55 (1. November bis 30. April) an. Die Zahl der Übernachtungen stieg gegenüber der Wintersaison 1953/54 um 14% und war — sofern man die noch ausstehenden Meldungen aus einigen Ge-

meinden schätzungsweise einbezieht¹⁾ — mit 5·7 Mill. um 41% höher als 1936/37²⁾.

Die Vorliebe für Winterreisen nimmt weiter zu³⁾. Im Sommer 1954 war die Zahl der Übernachtungen nur um 8%, im Winter 1954/55 aber bereits um 14% höher als ein Jahr vorher. Besonders Inländer verlegen ihren Urlaub mehr und mehr auf den Winter. Sie buchten im Sommer um 3% weniger, im Winter aber dafür um 6% mehr Übernachtungen als im Vorjahr. Auch die Nächtigungszahlen von Ausländern nahmen erstmals seit Kriegsende im Winter (+ 27%) stärker zu als im Sommer (+ 25%).

Die Verlagerung des Fremdenverkehrs auf den Winter ist besonders deutlich, wenn man den Inländerfremdenverkehr vor und nach dem Kriege vergleicht. In der letzten Sommer- und Wintersaison zusammen war die Zahl der Übernachtungen um 9% höher als im Fremdenverkehrsjahr 1936/37. Im Sommer wurden jedoch um 20% weniger und dafür im Winter um 49% mehr Nächtigungen gezählt als vor dem Kriege.

Die Zunahme wäre wahrscheinlich noch größer gewesen, wenn in den schneesicheren „Inländergebieten“ genügend Unterkunftsöglichkeiten beständen. Der Sommerreiseverkehr mag auch zurückgegangen sein, weil bereits mehr Inländer ins Ausland reisen als vor dem Krieg.

Fremdenverkehr in den Winterhalbjahren 1936/37 und 1951 bis 1955¹⁾

Winterhalbjahr	Insgesamt		Inland		Ausland	
	Über- nach- tungen in 1.000	in %	Über- nach- tungen in 1.000	in %	Über- nach- tungen in 1.000	in %
1936/37 ²⁾	4.069·4	100·0	2.192·3	100·0	1.877·1	100·0
1951/52 ³⁾	4.477·5	110·0	3.024·0	137·9	1.453·5	77·4
1952/53 ³⁾	4.623·9	113·6	2.988·4	136·3	1.635·5	87·1
1953/54 ³⁾	5.016·2	123·3	3.084·5	140·7	1.931·7	102·9
1954/55 ³⁾	5.390·3	—	3.049·3	—	2.340·9	—
1954/55 ³⁾	5.724·5	140·7	3.278·2	149·2	2.446·3	130·3

¹⁾ Ohne Kleines Walsertal und Jungholz. — ²⁾ Vollständige Halbjahresergebnisse.
³⁾ Summe der Monatsergebnisse aus 800 Gemeinden. — ⁴⁾ Voraussichtliches Halbjahresergebnis aus allen Gemeinden; Korrektur für „Insgesamt“ +6·2%, „Inland“ +7·3% und „Ausland“ +4·5%.

Im Inländerverkehr nahm — wie in den letzten Jahren — der Anteil des Wiener Reisepublikums an den Übernachtungen weiter ab. Die Zahl der Übernachtungen von Reisenden aus Wien stieg gegenüber

¹⁾ Derzeit liegen nur die Monatsergebnisse aus 800 Gemeinden vor. Das endgültige Halbjahresergebnis ist erst in einigen Monaten verfügbar; auf Grund von Erfahrungssätzen können jedoch die fehlenden Meldungen leicht geschätzt werden.

²⁾ Alle Zahlen ohne Kleines Walsertal und Jungholz.

³⁾ Die Verlagerung der Urlaube auf den Winter wird durch die verkehrstechnische Erschließung (Lifte, Seilbahnen) der Wintersportplätze begünstigt. Die reine Skitouristik dagegen nimmt ständig ab.

Winter 1953/54 um 3% (gegen 1936/37 + 16%), aus den übrigen Bundesländern um 8% (+ 84%). Mit 1·97 Mill. Übernachtungen übertrafen die Bundesländer Wien um 51%, während sie vor dem Krieg etwas darunter lagen (— 6%). Die große Reisefreudigkeit in den Bundesländern im Vergleich zur Vorkriegszeit bringt die Verschiebungen in der Wirtschaftsstruktur, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben, deutlich zum Ausdruck.

Der Anteil des Wiener Reisepublikums am Inländerverkehr

Winterhalbjahr	Über- nach- tungen in 1.000	Wien 1936/37		Übrige Bundesländer 1936/37	
		= 100	Anteil	= 100	Anteil
1936/37 ¹⁾	1.122·2	100·0	51·2	1.070·1	100·0 48·8
1952/53 ²⁾	1.190·3	106·1	39·8	1.798·1	168·0 60·2
1953/54 ²⁾	1.263·2	112·6	41·0	1.821·3	170·2 59·0
1954/55 ²⁾	1.241·7	—	—	1.807·6	— —
1954/55 ²⁾	1.302·6	116·1	39·8	1.975·6	184·6 60·2

¹⁾ Vollständiges Halbjahresergebnis. — ²⁾ Vorläufiges Ergebnis aus 800 Gemeinden.
³⁾ Voraussichtliches Halbjahresergebnis; Korrektur für „Wien“ +4·9%, „Übrige Bundesländer“ +9·1%.

Im Ausländerverkehr (ohne Kleines Walsertal und Jungholz) stieg die Zahl der Übernachtungen gegenüber 1953/54 um 27%. Dies ist die höchste Zuwachsrate in den Nachkriegsjahren. Dieser Erfolg ist der allgemein steigenden Reiselust in Europa ebenso zu verdanken wie den verkehrstechnischen und gastgewerblichen Verbesserungen in unseren Wintersportgebieten. Im Jahre 1954 wurden in Tirol und Salzburg allein aus ERP-Mitteln für 48 Mill. S (davon 10·3 Mill. S für Verkehrsprojekte) Kredite vergeben. Einschließlich der Eigenfinanzierung dürften mindestens 80 bis 90 Mill. S investiert worden sein. Diese hohen Investitionen erscheinen dadurch gerechtfertigt, daß ausländische Gäste nur dann für den Wintersport in Österreich gewonnen werden können, wenn sich die verkehrstechnischen Einrichtungen (Lifte, motorisierte Zufahrten usw.) mit denen anderer Wintersportplätze messen können.

Die Entwicklung der Besuche aus den einzelnen Ländern gegenüber 1953/54 war unterschiedlich. Von den maßgebenden Herkunftsländern nahmen die Besuche aus Holland (42%), England (32%), Deutschland (20%) und Frankreich (19%) am stärksten zu. Nur die Nächtigungszahl der Schweizer war etwas geringer als in der Vergleichssaison. Die deutschen Gäste dominierten auch in dieser Saison mit einem Anteil von 51%, in weitem Abstand folgten die Engländer und Franzosen mit je 9%.

Die Deviseneingänge aus dem Reiseverkehr in der Wintersaison 1954/55 erreichten 521·1 Mill. S, nur um 3·9% mehr als im Winter 1953/54, obwohl die Zahl der Nächtigungen um 27% und die Zahl

Der Ausländerverkehr im Winterhalbjahr 1954/55 nach Herkunftsländern

	1956/57 ¹⁾	1953/54 ²⁾	1954/55 ²⁾	1953/54 ²⁾	Anteile = 100 %
	1.000 Übernachtungen				
Insgesamt	2.151'7	2.283'7	2.700'0	123'3	—
Abztgl. Kl. Walsertal u. Jungholz	274'6	352'0	359'1	105'5	—
Rest	1.877'1	1.931'7	2.340'9	126'6	100'0
davon aus					
Deutschland	433'1	942'3	1.182'3	119'7	50'5
England	164'9	165'0	215'6	132'4	9'2
Schweiz	62'3	82'4	78'0	98'4	3'3
Italien	75'1	97'1	102'6	108'8	4'4
Frankreich	75'1	178'9	203'6	118'9	8'7
Holland	82'8	96'4	135'1	142'2	5'8
USA	68'3	138'1	150'1	109'8	6'4
Andere	915'6	231'5	273'6	224'7	11'7

¹⁾ Vollständiges Halbjahresergebnis. — ²⁾ Vorläufiges Ergebnis aus 800 Gemeinden

³⁾ Zum Vergleich wurden auch für 1953/54 die vorläufigen Ergebnisse aus 800 Gemeinden zu Grunde gelegt.

der Grenzübertritte einreisender Ausländer um 32% (von 2 Mill. auf 2'65 Mill.) gestiegen ist. Dadurch sind die durchschnittlichen Deviseneinnahmen pro Nächtigung von 259 S auf 213 S gesunken. In Wirklichkeit sind die Tagesausgaben pro Person niedriger, da in den Deviseneinnahmen auch die Ausgaben jener Ausländer enthalten sind, die nur kurzfristig in Österreich verbleiben und von der Nächtigungsstatistik nicht erfaßt werden. Die Deviseneingänge je Ausländer sind vermutlich vor allem deshalb zurückgegangen, weil Österreicher auf ihren zahlreichen Auslandsreisen namhafte Schillingbeträge¹⁾ mitnehmen, die von Ausländern gekauft und in Österreich wieder ausgegeben werden.

Devisenbilanz aus dem Reiseverkehr im Winterhalbjahr 1954/55

	1953/54	1954/55	1953/54
	Mill. S		= 100
Einnahmen	501.231	521.135	103'9
Ausgaben	100.637	132.975	132'1
Saldo	400.594	388.160	96'9

Die Diskrepanz zwischen Deviseneingängen und Nächtigungszahlen ist seit Anfang 1955 besonders hoch. In den ersten fünf Monaten 1955 waren die Grenzübertritte einreisender Ausländer gegenüber der gleichen Zeitspanne 1954 um 40% und die Zahl

Entwicklung von Ausländerfremdenverkehr und Deviseneinnahmen

Winter-Halbjahr 1954/55 gegen 1953/54	Grenz- übertritte	Über- nach- tungen	Devisen-		Saldo
			Ein- nahmen in Prozent	Aus- gaben	
.....	132'5	126'6	103'9	132'1	96'9
Jänner—Mai 1955 gegen 1954	139'5	126'5	95'1	121'5	85'7
Jänner—Mai 1954 gegen 1953	126'0	117'1	137'7	165'9	134'9

¹⁾ Bei jeder Ausreise können bis zu 10.000 S mitgenommen werden.

der Übernachtungen um 27% höher, die Deviseneinnahmen jedoch um 5% geringer.

Die Devisenausgänge waren im Winterhalbjahr 1954/55 mit 132'9 Mill. S um 32% höher als 1953/55. Da die Einnahmen zurückgingen, nahm auch der Saldo um 3% auf 388'2 Mill. S ab.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.9

Im Mai stieg die Ausfuhr um 73 Mill. S auf 1.473 Mill. S, den höchsten Stand seit Dezember 1954. Da die Einfuhr gleichzeitig um 38 Mill. S, auf 1.760 Mill. S, sank, war das Defizit der Handelsbilanz mit 287 Mill. S geringer als im April (398 Mill. S). Aus dieser Entwicklung darf allerdings noch nicht geschlossen werden, daß sich im Außenhandel neuerlich eine Wende anbahnt und die Einfuhrüberschüsse künftig merklich zurückgehen werden. Der Rückgang der *Einfuhr* beschränkt sich in der Hauptsache auf die Gruppe Ernährung (— 71 Mill. S) und ist vermutlich nur vorübergehend. Außerdem ist nur noch die Einfuhr von Getränken und Tabak (— 14 Mill. S), Ölen, Fetten (— 12 Mill. S) und Rohstoffen (— 19 Mill. S) gesunken. Auf der anderen Seite sind mehr Brennstoffe (+ 19 Mill. S), Halb- und Fertigwaren (+ 12 Mill. S), Maschinen und Verkehrsmittel (+ 39 Mill. S) und andere Fertigwaren (+ 9 Mill. S) eingeführt worden. Die Importe an Roh- und Brennstoffen zusammen blieben unverändert, während die von Halb- und Fertigwaren weiterhin stiegen. Die Zunahme bei Maschinen und Verkehrsmitteln fällt zahlenmäßig am meisten ins Gewicht. An Maschinen wurden um 15 Mill. S, an elektrischen Maschinen um 11 Mill. S mehr importiert. Die schon im April sehr hohe Einfuhr von Personautos ist weiter (um 12 Mill. S) auf 143'5 Mill. S gestiegen.

Von dem Rückgang der Einfuhr in der Gruppe Ernährung entfällt ungefähr die Hälfte auf Getreide (— 33 Mill. S), die andere Hälfte auf Futtermittel (— 13 Mill. S), Kolonialwaren (— 14 Mill. S) und Gemüse und Obst (— 10 Mill. S). Ein anhaltender Rückgang des Einfuhrbedarfes an Agrargütern, insbesondere an Getreide und Futtermitteln, ist nicht zu erwarten, da die Getreideernte nur mittelmäßig ausfallen dürfte und der Bedarf an Futtermitteln weiterhin hoch bleibt.

Die günstige Entwicklung der *Ausfuhr* ist in der Hauptsache einer Zunahme der Rohstoffexporte zu danken (+ 67 Mill. S). Eine entscheidende Rolle spielt dabei das Holz. Die Holzausfuhr stieg im Mai um 50 Mill. S und erreichte wertmäßig einen neuen Höhepunkt (mengenmäßig lag sie um etwa 5% unter dem Durchschnitt des Jahres 1954). Auch die Ausfuhr

von Maschinen und Verkehrsmitteln verzeichnet eine Zunahme (+ 26 Mill. S). Andererseits wurden weniger chemische Erzeugnisse (- 15 Mill. S) und Halb- und Fertigwaren (- 14 Mill. S) exportiert. Innerhalb der Gruppe Halb- und Fertigwaren stieg die Ausfuhr von Papier und Textilien, die Ausfuhr von Eisen und Stahl blieb fast gleich, während Aluminium (- 15 Mill. S), Metallwaren (- 10 Mill. S) und Magnesitziegeln (- 11 Mill. S), anscheinend als Folge des Vordringens der jugoslawischen Exporte, in geringeren Mengen ausgeführt wurden.

Für die geographische Verteilung des Außenhandels ist nach wie vor der hohe Anteil Westdeutschlands charakteristisch. Im Mai wurden 39% aller Importe aus Westdeutschland bezogen, gegen 36% im April und im Durchschnitt 1954. Es wurden vor allem mehr deutsche Maschinen und Verkehrsmittel sowie Halb- und Fertigwaren eingeführt. Im Export stieg der Anteil Westdeutschlands von 24% im Durchschnitt 1954 auf 26% im April und 27% im Mai. Der Anteil des Osthandels stagnierte im Export mit 9%, während er bei der Einfuhr leicht (auf 9·8%, gegenüber 7·8% im April) zunahm.

Ein Vergleich der Einfuhr in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres mit dem Vorjahr zeigt,

Monatsdurchschnittswerte der Gesamteinfuhr

	Jänner bis Mai		Veränderung gegen-	
	1954	1955	über dem	Vorjahr
	Mill. S		in %	
Ernährung	233	361	128	55
Getränke und Tabak	27	32	5	19
Rohstoffe	218	290	72	33
Mineralische Brennstoffe	186	237	51	27
Tierische und pflanzliche Öle und Fette	33	40	7	21
Chemische Erzeugnisse	102	116	14	14
Halb- und Fertigwaren	195	286	91	47
Maschinen und Verkehrsmittel	206	371	165	80
Sonstige Fertigwaren	37	61	24	65
	1.236	1.794	558	45

daß die Einfuhr auf breiter Front zugenommen hat. Von dem Einfuhrzuwachs von 558 Mill. S (45%) monatlich entfällt über die Hälfte auf industrielle Halb- und Fertigerzeugnisse, mehr als ein Fünftel auf Rohstoffe und Brennstoffe und ein Viertel auf Agrarerzeugnisse.

Im gleichen Zeitraum ist die Ausfuhr nur um durchschnittlich 126 Mill. S pro Monat gestiegen.

Monatsdurchschnittswerte der Ausfuhr

	Jänner bis Mai		Veränderung gegen-	
	1954	1955	über dem	Vorjahr
	Mill. S		in %	
Ernährung	50	20	- 30	- 60
Getränke und Tabak	3	4	+ 1	+ 33
Rohstoffe	325	384	+ 59	+ 18
Mineralische Brennstoffe und Energie	25	22	- 3	- 12
Chemische Erzeugnisse	72	59	- 13	- 18
Halb- und Fertigwaren	572	653	+ 81	+ 14
Maschinen und Verkehrsmittel	152	174	+ 22	+ 14
Sonstige Fertigwaren	51	60	+ 9	+ 18
	1.250	1.376	+ 126	+ 10

Höhere Exportwerte wurden hauptsächlich in der Gruppe Halb- und Fertigwaren und in der Gruppe Rohstoffe erzielt. Der Rohstoffexport stieg, weil mehr Holz (+ 38 Mill. S) und Zellulose (+ 12 Mill. S) ausgeführt wurden. Die Zunahme der Ausfuhr von Halb- und Fertigwaren verteilt sich auf unedle Metalle (+ 37 Mill. S), Textilien (+ 10 Mill. S) und Papier (+ 23 Mill. S). Außerdem wurden mehr Maschinen (+ 12 Mill. S), elektrotechnische Maschinen und Apparate (+ 7 Mill. S) und Verkehrsmittel (+ 3 Mill. S) exportiert. Die Exportsteigerung bei diesen Waren war jedoch im Vergleich zur Importsteigerung gering. (Die Einfuhr von Maschinen und Verkehrsmitteln ist gegenwärtig mehr als doppelt so groß wie die Ausfuhr.) Die Ausfuhr von chemischen Erzeugnissen und von Nahrungsmitteln ist im Vergleichszeitraum zurückgegangen.